

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 30. Oktober 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der 30. Oktober.

Am 30. Oktober stellte die Regierung einen Wechsel auf Freiheit aus, der bis heute noch nicht eingelöst worden ist.

Christalew in seiner Rede vor dem Gericht. (7. Oktober 1906.)

Im Winter 1905 war es, als die Revolutionswogen die Oberfläche des schon seit mehreren Jahren nicht mehr ganz ruhig dahinfließenden politischen Lebens plötzlich in stürmische Bewegung versetzten.

Der 22. Januar hatte die Revolution entzündet. Die darauffolgenden, mit neuen Repeleien verbundenen Sympathiestreiks in Warschau, in Riga und in anderen Industriezentren riefen eine Reihe ökonomischer Ausstände in den kleineren Städten hervor, die die Monate März und April hindurch dauerten. Einer Ruhepause im Mai, welche durch die zum Weltfeiertage getroffenen Maßregeln der Regierung erzwungen war, folgte eine ganze Reihe politischer Massenausstände im Sommer. Der Kampf ließ zeitweise nach, um dann mit um so größerer Wucht wieder einzusetzen. Kaum hatte sich eine Woge der Revolution im Norden oder im Westen des Reiches gelegt, da schwoh schon eine neue im Süden oder im Zentrum an.

Durch den Krieg waren nicht allein alle Schwächen des Absolutismus aufgedeckt, sondern es war auch bei den allerbreitesten Bevölkerungsschichten eine politische Erziehungsarbeit geleistet. Die Ereignisse des Winters vernichteten die letzten Vertrauensüberreste zum Zaren-Väterchen, die vielleicht noch unter einigen Anhängern Subatows und Sapons zu finden waren. Die Wahlen in die Schidlowstschyschen Kommissionen näherten die indifferenten Massen den organisierten Arbeitern. Immer weitere und weitere Arbeiterschichten schlossen sich der Bewegung an. Immer lauter wurde die Forderung nach politischen Rechten. Der morsche Bau des Staatschiffes krachte unter den Stößen der anstürmenden Revolutionswogen. Das Staatssteuer wurde aus den Händen des einen Ministeriums genommen und denen eines anderen anvertraut; Swjatopolk Mirsky ward von Bulggin, Bulggin von Witte abgelöst. Dabei sah sich die Regierung zu einigen kleinen Konzessionen genötigt. So genügten die „Freiheiten“ unter dem „liberalen Frühlingministerium“ Swjatopolk Mirskys gerade dazu, um die zerstreuten Kräfte der russischen Liberalen zu einer Oppositionspartei zu sammeln. Auch durch das Bulggin'sche Konstitutionsprojekt wurde gerade das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war: Die Volkserregung wurde nicht schwächer, sondern sie nahm noch zu. Den Streikenden schlossen sich in den Städten die Handwerker und einige professionelle Beriber an. In den Disceprovinzen und einem Teile Polens brachen kurz vor dem 19. August, dem Tage der Veröffentlichung der Bulggin'schen „Konstitution“, größere Agrarunruhen aus. Die Bulggin'sche Reichsduma, die nicht einmal als eine Ständevertretung angesehen werden konnte, befriedigte niemand, und das Projekt wurde von der Regierung selbst fallen gelassen. Zur politischen Lösung der Massen wurde das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und die konstituierende Versammlung. Selbstverständlich konnte sich niemand die Ausübung dieser Rechte ohne Preis-, Rede- und Versammlungsfreiheit denken, und für diese Forderungen traten damals auf den ersten Semschwongressen auch die Liberalen ziemlich geschlossen ein.

Wir können hier weder auf die Streikbewegung im Oktober noch auf die Entstehung des „Rates der Arbeiterdeputierten“, der gewissermaßen die Riefenbewegung in ganz Russland — wenigstens in der ersten Zeit seines Bestehens — leitete, näher eingehen. Das hieße nach den Worten Christalew's „die 50-tägige Geschichte des ganzen russischen Lebens“ beschreiben. Es war jedenfalls ein gewaltiges, heldenhaftes Ringen des russischen Proletariats mit dem Kapitalismus und dem Absolutismus zugleich, das sich in dieser Zeit abspielte.

Schon am 21. Oktober, als infolge der Arretierung der Eisenbahndeputierten der Eisenbahnerstreik im Moskauer Eisenbahnhof ausbrach, wurde in den sozialdemokratischen Zentralkomitees der Gedanke erwogen, den Streik zu einem allgemeinen zu machen. Der weitere Verlauf der Dinge brachte diesen allgemeinen Streik unumgänglich mit sich. Am 25. Oktober trat der Rat der Arbeiterdeputierten Petersburgs in Funktion. Am 26. Oktober wurde der Generalkstreik proklamiert. Der Streik begann in Moskau. Am nächsten Tag streikten nicht allein alle Eisenbahnlinien, sondern auch die Arbeiter und Handwerker Petersburgs, Warschaws, Rigas, Aleros, Rostows und der übrigen Industriezentren Russlands. Ihnen folgten die kleinen Städte und Fabrikorte. Auch die Gerichte und die Schulen stellten ihre Tätigkeit ein.

Ganz plötzlich also war das Unglaubliche in Russland zur Tat geworden: Der allgemeine politische Massenstreik wurde durchgeführt! Die proletarische Lösung: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“, hatte sich am besten, am großartigsten in Russland bewährt. Nicht allein die russische, sondern auch die westeuropäische Bourgeoisie ward gelähmt. Sie sah plötzlich das aufgerichtete Gespenst eines politischen Massenstreiks vor sich und mit Grauen und Furcht sah sie, daß auch in ihren Fabrikskellern, in den Kasematten ihrer industriellen Schlösser Millionen durch den Hunger in Ketten geschmiedete, aber klaffenbewußte und geistesstarke Prole-

tarier verborgen sind. Die Angst hatte die Augen und die Ohren der europäischen Bourgeoisie geöffnet, die Furcht vor dem neuen mächtigen Feinde, die Sorge um das Schicksal ihres östlichen Gendarmen, des Wächters des „europäischen Kapitalismus“, öffnete ihnen auch den Ventel.

Der Absolutismus war schließlich zum Nachgeben bereit. Am 30. Oktober erschien das bekannte Manifest, in dem die bürgerlichen Freiheiten, eine Volksvertretung und noch einiges mehr in allgemeinen Phrasen versprochen wurde. Es war fast zu viel im Manifest versprochen! Das fiel den Massen sofort auf, und überall äuferten sie ihr Mißtrauen. Trotzdem war der Jubel der Massen über den erzwungenen Sieg groß. Kein Raum konnte die begeisterte Menge fassen. Man suchte die Freiheiten, die man sich erzwungen hatte, voll auszunutzen gerade deshalb, weil keine Garantien gewährt wurden und weil man nicht wissen konnte, wie lange die bürgerliche Freiheit andauern würde.

Die sozialdemokratischen Organisationen waren sich darüber klar: Was erzwungen werden konnte, das mußte sofort erzwungen werden, solange der Ausstand noch andauerte und die Regierung sich vom ersten Schlage noch nicht erholt hatte. In diesem Augenblicke des Freiheitsfiebers wäre das Volk zu allem fähig gewesen, und daher hielt die Regierung es für klüger, in den ersten Freiheitswochen das Militär noch in den Kasernen zu belassen. Sie mußte, um die Erregung der Massen wenigstens einigermaßen zu dämpfen und für sich die nötige Zeit zu erlangen, auch die Befreiung der politischen Häftlinge aus den Gefängnissen zulassen. Mit den übrigen geforderten Garantien (Einberufung der konstituierenden Versammlung, Ausarbeitung des Wahlgesetzes usw.) hatte sie dann Zeit genug.

Wir dürfen den 30. Oktober weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin überschätzen. Wenn wir die damalige Lage nicht vom Standpunkt des Wünschenswerten betrachten, sondern einzig und allein vom Standpunkte der tatsächlichen Ereignisse und der Machtverhältnisse, so müssen wir zugeben, daß, wenn Witte damals vielleicht auf dem Wege der Konzessionen wirklich Ruhe und Ordnung herstellen wollte, er nicht mit einer kräftigen Regierung gerechnet hätte und daß er durch sein Bestreben, die alte Staatsordnung den neuen politischen Verhältnissen anzupassen, einen wesentlichen Fehler beging. Die Regierung Wittes verschärfte durch ihr Verhalten die politische Lage in weit höherem Maße, als es durch die unmittelbare Agitation der Sozialdemokratie geschehen konnte. Die Rücksicht gegenüber den Pogromansüßern, die Nichtaufhebung des Kriegszustandes schaffte immer neues Mißtrauen, immer neue Beschränkungen im Volke und trieb es direkt in den Kampf. Bald stellte sich ein Zwitterzustand ein: Die alte Staatsordnung war beseitigt, aber eine neue noch nicht geschaffen. Man war in eine Sackgasse geraten aus der man weder zurück noch vorwärts konnte. Der Regierung wurde sowohl von der äußersten Linken als auch von der äußersten Rechten Unentschlossenheit und Untätigkeit vorgeworfen. Witte entschied sich schließlich, der Rechten nachzugeben, und ergriff mit jedem Tage mehr und mehr ins Fahrenwasser der Gegenrevolution. Er wurde allmählich zum Strohmann Durnowos und stützte in der lumpigsten Weise noch mehrere Monate hindurch mit seinem Namen den Kredit der Gegenrevolution.

Ein neuer allgemeiner Ausstand im November war mißlungen. Schon der Oktoberstreik, an dessen erfolgreichem Ausgang doch nicht der geringste Zweifel sein kann, hatte deutlich gezeigt, daß mit dem Ausstand allein die Sache nicht abgetan werden kann. Falls im Oktober die Regierung nicht Konzessionen gemacht hätte, so wäre auch damals die Arbeitererschaft gezwungen gewesen, den Ausstand nach kurzer Zeit zum Abschluß zu bringen oder zum Aufstand überzugehen. In einem solchen aber war das große Russland weder genügend vorbereitet noch genügend organisiert, wenn überhaupt jemand schon damals an einen Sieg über die noch in der Mehrzahl regierungstreuen Truppen denken konnte. Daß das Proletariat nicht entmutigt, daß es zu allem bereit war, das beweisen die Aufstände in Moskau, in den Disceprovinzen, im Kaukasusgebiet und in Sibirien. Einen Erfolg hätte man sich aber nur dann versprechen können, wenn schon das ganze Volk hinter der Arbeitererschaft gestanden hätte und wenigstens ein Teil des Militärs bei der ersten Aufforderung auf die Seite des Volkes getreten wäre. Daran war im November noch nicht zu denken.

Also muß der 30. Oktober wohl als ein Rückschlag auf beiden Seiten betrachtet werden. Die Regierung betrat den Weg der Konzessionen und das klaffenbewußte Proletariat erklärte: Trotzdem es sich mit dem Manifeste nicht zufrieden gebe, könne es doch vorläufig auch den bewaffneten Kampf nicht aufnehmen, und lehre zu seiner „unterirdischen“ Arbeit zurück. Aber ein Rückschlag ist noch keine Niederlage, kein Aufgeben des Kampfes! Daß der Kampf noch lange nicht zu Ende ist, davon mußten sich schließlich das erste wie das zweite „Berührungskabinet“, die Herren Witte-Durnowos wie Goremykin, überzeugen, davon wird sich auch der blutige Stolypin überzeugen müssen. Die Revolution ist noch lange nicht tot. Dafür sprechen schon die eben proklamierten Sympathiestreiks in Charkow und Jekaterinoslaw.

Die Reaktionen denken mit Schrecken, das Proletariat denkt mit Begeisterung an die Oktobertage von 1905. Es

war ein kurzer Freiheitstraum! Wir wissen, mit welchen Mitteln die Regierungsbestien die Erinnerung an die Freiheitstage aus dem Gedächtnisse des Proletariats auszuschleichen versucht haben. Das ist ihnen nicht gelungen. Seit dem 2. Oktober dieses Jahres sitzt der Petersburger Gerichtshof über den Petersburger Arbeiterdeputiertenrat zu Gericht. Es ist dies, wie der Zeuge Lewsin sich ausdrückte, „das Gericht über das russische Proletariat“. — Kann es eine gräßlichere Komödie geben, als wenn der Zarismus über das Proletariat zu Gericht sitzen will! Die Angeklagten haben bewiesen, auf welcher Seite das historische Recht ist, die eigenen Diener des Zarismus wurden gezwungen, die letzten Fesseln vom verkauften Körper dieser historischen Mißgeburt zu reißen. Den Arbeitervertretern Petersburgs ist die geschichtliche Rolle zugefallen, der Welt zu zeigen, wie niederträchtig der Jar die Arbeiterschaft betrogen hat und noch täglich betrügt. Die Vertreter der Petersburger Arbeiter sprechen den Fluch über den Zarismus auch im Namen derjenigen ihrer Genossen, die zu tausenden hingerichtet wurden, weil sie die einmal erkämpften Freiheiten zu verteidigen wagten. Es nähert sich die Stunde, wo das Volk die Regierung zwingen wird, den am 30. Oktober 1905 ausgesetzten Wechsel auf Freiheit einzulösen.

In der Privatklagesache des Redakteurs St. Christians in Bilmersdorf, Privatklagers, gegen den Repakteur Karl Reid, hier, Angeklagten, wegen Beleidigung, ist in der Sitzung des königlichen Schöffengerichts Berlin Mitte, Abteilung 148, folgender Vergleich geschlossen worden: Parteien verglichen sich dahin: Der Angeklagte erklärt: So weit in den Artikeln 150 und 153 des „Vorwärts“ von 1903, „Der goldene Fahrstuhl“ und am „Presse Pranger“ veröffentlichte Beleidigungen gegen Herrn Christians enthalten sind, nehme ich dieselben zurück und erkläre, daß ich mich überzeugt habe, daß ich Herrn Christians persönliche Vorwürfe von Vestecklichkeit und Korruption nicht machen kann; hierbei bemerke ich jedoch, daß ich in den genannten Artikeln nur die von mir aus heute noch aufricht erhaltene Ansicht vertreten wollte, daß der Redakteur eines Organs für Hypothekendarlehen nicht Mitglied des Aufsichtsrats einer Hypothekendarlehenbank sein dürfte.

Die russische Revolution.

Die Sozialdemokratie in Zentralrussland.

(Aus einem Bericht an das Zentralkomitee.)

Die Gouvernements des zentralrussischen Gebiets der S. D. P. bieten gegenwärtig das Bild eines kolossalen Wachstums der sozialdemokratischen Organisationen und ihres Einflusses. Obgleich die Zahl der führenden Kräfte, die den Organisationen zur Verfügung stehen, vom Dezember an fast überall sich verringert hat, steigt dennoch die Zahl der Parteimitglieder überall auf dreifache und vierfache im Vergleich mit der vom Ende des vorigen Jahres. Trotz aller Repressionsmaßnahmen und „konspirativen Bedingungen“ werden fast jeden Tag neue sozialdemokratische Zirkel und Gruppen gegründet. In den meisten Gouvernements des Gebiets sind die Punkte, wo keine sozialdemokratische Parteiarbeit geleistet wird, so spärlich, daß sie an den Fingern abzgezählt werden können. Das Wachstum der Organisationen wurde überall von ihrem Wiederaufbau in demokratischem Sinne geleitet. Dieser Umstand ebenso wie solche Ereignisse, bei denen die Arbeiter sich an der Führung zu beteiligen verlangten, haben es uns ermöglicht, in lebendige und wirksame Verbindung mit der Masse zu treten. Die Masse hat sich an uns gewöhnt und vertraut uns. Ohne „das Komitee“ werden die Arbeiter nirgends einen ernstlichen Schritt unternehmen, und die Direktiven der örtlichen Organisationen verlangen nicht wie die Stimme des Rufenden in der Wüste.

Gleichzeitig mit dem Wachstum der sozialdemokratischen Organisationen in den Städten und Industriezentren steigt der Einfluß der Partei auf dem platten Lande. Dies geschieht nach denselben Gesetzen wie die Vermischung der Flüssigkeiten in kommunizierenden Gefäßen. Es wäre auch sonderbar, wenn die Arbeiter, die mit dem platten Lande durch Familien- und wirtschaftliche Bande verknüpft sind, es unserem Einflusse nicht unterworfen hätten. In den Dörfern des zentralrussischen Gebiets sind wir mächtig.

Die Bauernbewegung im zentralrussischen Gebiete hat bis jetzt nicht jene krankhaften und dabei elementaren Formen angenommen wie bei den Ausbrüchen in Südrussland. Zweifellos sind die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und vielleicht eine mindere Schärfe der Bodenfrage ausschlaggebend gewesen. Hier begreifen es die Bauern besser als im Süden, daß ohne Freiheit das Land nicht zu erlangen ist. Und bei ihrer entschieden politischen Stimmung halten sie sich vor Fornausbrüchen leicht zurück. Wir haben hier häufig folgende Erscheinung beobachtet: Im Süden die Flammen der Agrarrevolten, bei uns Meetings und Versammlungen; die Bauern hören zuerzweifelten und einheimischen Rednern zu, erörtern Organisationsfragen. Sie stellen sich keinen anderen Auffstand vor als einen im Verein mit den Arbeitern geführten, nach einem ausgearbeiteten Plan, mit einer starken Organisation.

Die Tätigkeit der Organisationen des zentralrussischen Gebiets wird in der letzten Zeit auf eine weitere Entwidlung der Bewegung auf dem Lande gerichtet. In dieser Frage hat das Bureau des Gebiets Verhandlungen mit dem allrussischen Bauernverband eingeleitet. Als Resultat dieser Verhandlungen kommt in einigen Organisationen eine gemeinsame Tätigkeit der Partei und des Bauernverbandes auf der Grundlage der revolutionär-demokratischen Organisation des Dorfes zustande.

Die Feldkriegsgerichte.

Die illegale Zeitung „Proletarii“ ist in den Besitz des folgenden offiziellen Dokumentes gelangt, welches es in seiner Nr. 5 veröffentlicht:

Ministerium des Innern. Eigene Kanalei des Ministerpräsidenten. Nr. 485. Eilig. Geheim. An Se. Excellenz den Moskauer Gen.-Gouverneur:

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Das Polizeidepartement meldet dem Ministerkonnell, daß das Moskauer Feldkriegsgericht, ohne Erwägen über die Anlagen, die keine Hinrichtung herbeiführten, zu verhören, ohne Informationsmaterial als Grundlage der Anklage, ihn verurteilt hat.

Entsprechend den vom Polizeidepartement erhaltenen Angaben sind die Ueberfälle auf Postämter und die Plünderungen nicht das Werk Stojewits gewesen, sondern eines gewissen Bauern Nikolaj Demantsew Popow, der nach den Angaben des Polizeidepartements sich ins Ausland gerettet hat.

Indem ich Ihre ernste Aufmerksamkeit als des Vorgesetzten des Feldkriegsgerichts auf solche schwere Justizverfehlungen lenke, welche eine Erregung der Geister in der Bevölkerung hervorrufen, empfehle ich Ihnen, sofort alle Maßnahmen zu verfügen, um die Verbreitung von diesbezüglichen Gerüchten durch die periodische Presse zu verhindern und das in dieser Angelegenheit gesammelte Material an meine eigene Kanzlei einzuliefern.

Zum Etat für 1907.

Angeichts der anhaltenden Gerüchte über die bevorstehende Aufnahme einer neuen Anleihe ist es interessant, folgenden, von der „Nietich“ veröffentlichten Auszug aus dem Protokoll der Verhandlungen des Ministerrates anzuführen:

Die Aufstellung des Etats für 1907 bietet die größten Schwierigkeiten. Der Abschluß der letzten Anleihe von 1906 hat außerordentlich viel Mühe gekostet und ist auf sehr ungünstigen Bedingungen hin zustande gekommen. Jedoch ist die Einmündung von dieser Anleihe, trotz ihrer ansehnlichen Summe, unzureichend zur Deckung des Defizits von 1905 und der Ausgaben für die Liquidation des Krieges. Die Aufnahme einer neuen Anleihe für 1906—1907, sei es innerhalb des Landes, sei es im Auslande, ist für uns unerreichbar, wie infolge der allgemeinen Marktlage so auch ganz besonders infolge der Ungeklärtheit unserer inneren Zustände. Auf diese Weise ist es notwendig, um den Etat für 1907 ohne Defizit aufzustellen, entweder zu neuen Steuern oder zur Bestimmung der einzelnen Etatposten in äußerster bescheidenen Grenzen zu greifen. Jedoch können neue Steuern kaum verwirklicht werden, um bereits 1907 fühlbare Resultate aufzuweisen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober.

Die Gegensätze im Zentrum.

Vor kurzem philosophierte die „Germania“ über die Gegensätze in den Parteien. Die gesamte Linie, so führte das Zentrumsbüchlein aus, tranke an inneren Zwistigkeiten, und auf der Rechten herrsche zu wenig politisches Leben, als daß es überhaupt zu einem Gegensatz kommen könne. Demgegenüber wurde die Einigkeit im Zentrum und dessen politische Mäßigkeit gelobt. Darauf hat bereits die „Kreuzzeitung“ bemerkt, rein äußerlich könne die „Germania“ recht haben, wenn sie behaupte, das Zentrum könne keine Zwistigkeiten. „Aber“, so schreibt das konservative Blatt, „es können in einer Partei sehr tiefgehende Gegensätze bestehen, ohne daß sie als Zwistigkeiten nach außen sich bemerkbar machen. Sollte gerade die Zentrumspartei, die doch aus den politisch heterogensten Elementen zusammengesetzt ist, keine inneren Gegensätze kennen? Diese Frage wird die „Germania“ keinesfalls verneinen können.“

Die „Rheinische Volksstimme“ nimmt Bezug auf diese Auseinandersetzung und meint, es bedürfe keiner näheren Darlegung, daß die „Germania“ die Behauptung der „Kreuzzeitung“, in der Zentrumspartei gebe es gerade so gut wie in anderen Parteien Meinungsverschiedenheiten, nicht widerlegen könne. „In wirtschaftlichen Dingen“, so schreibt das Blatt der rheinischen Zentrumsbauern, „sind die Gegensätze im Zentrum oft genug in die Erscheinung getreten. Wie könnte es bei der Parteizusammensetzung auch anders sein. Wir erinnern an die scharfe parlamentarische Auseinandersetzung zwischen dem Arbeitersekretär Giesberts und dem Landesrat Schmiedding, der bekanntlich einer Anregung des Westfälischen Bauernvereins entsprechend für die Beseitigung der kleinen Unfallrenten eintrat und von seinem Fraktionskollegen Giesberts dießhalb scharf angegriffen wurde.“

Einen neuen Beweis für die Meinungsverschiedenheiten im Zentrum hat das Blatt gefunden in dem Verhalten der Partei zur Fleischfrage. Während in der letzten Sitzung der Kölner Stadtverordneten der Abgeordnete Trimborn warm für die Deckung der Grenzen eintrat und im Verein mit seinen Parteigenossen an der Seite der Liberalen einen dahin gehenden Antrag annahm, habe sich die „Rheinische Volkszeitung“ in einer ihrer letzten Nummern recht scharf gegen eine derartige Maßnahme gewandt. Selbst die führenden Zentrumsbüchlein seien nicht immer einer Meinung. Während in der Gewerkschaftsfrage die „Germania“ den konfessionellen Zusammenschluß der Arbeiter das Wort rede, trete die „Rheinische Volkszeitung“ mit aller Energie für die christlichen Gewerkschaften ein. Derartige Meinungsverschiedenheiten seien eben unausbleiblich bei einer Partei, deren Wähler sich zusammenschließen aus den verschiedensten Interessengruppen: Bauern, Beamten, Handwerker, Kaufmanns- und Arbeiterstand.

Die Gründe, weshalb das zentrumsdogmatische Blatt ganz entgegen der sonstigen Gewohnheit der Liberalen, das Vorhandensein von Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten betont, liegen auf der Hand. Die Agrarier beherrschen das Zentrum, sie sind rücksichtslos bis zum äußersten und bringen vor allen Dingen auf die Durchführung ihrer Interessen. Sie würden es am liebsten sehen, wenn das Zentrum die städtischen Wahlweise löswürde, die die Staatsmänner der Partei zu allerhand Konzessionen an die Arbeiter nötigen. Ihr Ideal ist der Satz des Grafen Strachow: Das Zentrum wird agrarisch sein, oder es wird nicht sein — ein Standpunkt, der sich nicht verträgt mit dem des Herrn Trimborn, der seinem Wahlkreise zuliebe verkündet: Das Zentrum wird sozialpolitisch sein, oder es wird nicht sein!

Die „Rheinische Volksstimme“ legt es darauf an, den sozialpolitischen Ballast loszuwerden und das Zentrum auf rein agrarische Interessen zu beschranken. Deshalb die gewissenhafte Betonung der Gegensätze im Zentrum, deshalb die scharfmacherische Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung, die christlichen Gewerkschaften mit eingeschlossen.

Die nächsten Reichstagswahlen werden voraussichtlich wesentlich dazu beitragen, das Zentrum von seinen städtischen Mandaten zu befreien und nach dem Wunsche des ultramontanen Bauernblattes zu einer fast rein agrarischen Partei zu machen. —

Nochmals die preussische Prügelfradition.

In Deutschland voran im militärischen Prügelskult ist, wie allerdings selbstverständlich, Preußen. Es hat bekanntlich Offiziere, die sich wegen Soldatenmishandlungen in Süd-Deutschland nicht mehr halten konnten, Unterschlupf gewährt. Der frühere preussische Kriegsminister v. Böhler gab am 9. März 1903 im Reichstage sogar folgende Prinzipien von sich:

„Ich halte es überhaupt für unrichtig, daß jeder Mishandlungsfall gerichtlich abgeurteilt werden muß; früher war es so, daß ein leichter Stoß oder Schlag disziplinarisch bestraft wurde. Die Offiziere und Unteroffiziere sind verhältniß-

mäßig jung, sie müssen eben erzogen werden. Bergreift sich ein Vorgesetzter bei der Ausbildung an den Leuten, so ist es ganz in der Ordnung, daß der Betreffende mit Arrest bestraft wird. Wie die geschlossenen Bestimmungen aber jetzt liegen, muß jeder leichte Schlag, jeder unbedeutende Stoß gerichtlich geahndet werden. Das ist sehr unständlich, ruft Erbitterung hervor und die Zukunft einzelner Offiziere und Unteroffiziere wird eventuell in Frage gestellt.“

Man sieht, wie zärtlich Herr v. Böhler sich der Soldatenkinder annahm. Die Möglichkeit, daß ein solcher Prügel am Ende erbittert würde, weil er für seine Fegeleien eine leichte Strafe erhielt, erweckte ihm schwere Sorgen. Von der Erbitterung, die sich in den mishandelten Soldaten ansammeln muß, sagte Erzellenz nichts.

Der Nachfolger des Herrn v. Böhler, der jetzige Kriegsminister v. Einem erklärte am 11. Dezember 1903 dem Reichstage und damit auch der ganzen Armee, daß er die Schläge, die da und dort manchmal in der Erregung fallen, wohl entschuldigen könne. Der verstorbene preussische General v. Boguslawski schrieb einmal einen Artikel, in dem er die Zahl der im Deutschen Reiche vorkommenden Soldatenmishandlungen als sehr niedrig bezeichnete. Und der preussische Oberstleutnant a. D. Karl v. Wartenberg, dessen Schriftstellernamen Freiherr v. Gublen lautet, ließ in seiner 1905 erschienenen Schrift „Ceterum censeo“ S. 80 folgende Klage los:

„Aber unheimlich mußte den alten Praktikern zumute werden, als sie später von autoritativer Seite zu hören bekamen, daß die an sich verhältnismäßig geringe Zahl der Soldatenmishandlungen noch zurückgegangen sei. Ließ sich daraus nicht schließen, daß die beständig auf's festigste in ihrer Existenz bedrohten Vorgesetzten heute weniger tatkräftig gegen ihre Untergebenen aufzutreten als vordem, damit nur nichts vorkomme?“

Da haben wir es! Der preussische Herr Oberstleutnant a. D. v. Wartenberg, der zuletzt an der Spitze eines preussischen Bataillons stand, kann sich die Soldatenausbildung ohne Prügeln ebensoviele vorstellen wie ein preussischer Normalmajor von 1806. Nach unserer Erfahrung gibt es aber viele Wartenbergs in der deutschen Armee. Nur schmettern sie ihre Anschauung nicht so ungeniert in die Welt hinaus. Wie nachsichtig auch die große Masse der deutschen Offiziere über Soldatenmishandlungen denkt, beweisen zur Genüge die äußerst milden Strafen, die die Soldatenquäler meistens erhalten.

In der deutschen Armee spuckt eben leider noch immer Friedrich II. als Gespenst. Vor allem die preussischen Kriegsgelehrten können sich auch in der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht von dem preussischen Dyrannen, der in der Zeit der Vercingetorix und der Söldnerheere große militärische Erfolge errungen hat, nicht trennen. Kögen sie einmal ernstlich darüber nachdenken, wie es dem „großen König“ ergangen wäre, wenn er mit seinen verprügelten und gemarterten Soldaten, von denen die meisten nur auf eine Gelegenheit zur Desertion lauerten und daher zum Kampfe in unüberwindlichem Gelände überhaupt unbrauchbar waren, gegen Napoleon hätte Krieg führen müssen. Er wäre zweifellos unterlegen, wenn auch nicht so erbärmlich wie Friedrich Wilhelm III.

Solange das aus dem Hohenzollernkultus herauswachsende Festhalten an den Traditionen Friedrichs II. in der preussischen Heere nicht aufgegeben wird, kann das Soldatenprügeln aus der deutschen Armee nicht verschwinden. Es gehört ja zu den zweifelhaften Ruhmetiteln des „großen Königs“, daß er und sein Herr Vater zu den größten Prügelmästern der Welt gehörten. —

Deutsches Reich.

Gegen die Fleischsteuerung.

Die „Rheinisch-Westfälische Zig.“, das Organ der Rechenbesserer, hat bis vor kurzem nicht nur die hohen Vieh- und Fleischpreise der neuen Handelsvertragsstarke, sondern auch die von der Regierung zum Rugen der agrarischen Torköhen betriebene Grenzpolizei verteidigt und die sozialdemokratischen wie liberalen Neußerungen über die Schäden dieser Politik als lächerliche Querulieren verspottet. Erst jüngst hat sie sich bezogen gefühlt, eine etwas andere Taktik einzuschlagen, und in ihrer Sonnabendnummer leistet sie sich selbst eine Querulerei, die sich sehen läßt. Sie schreibt nämlich:

„Die Fleischsteuerung hat einen Grad erreicht, der ohne schwere Erschütterung nicht unverändert bleiben darf. Es ist gewiß be-rechtigt und unvermeidlich, daß die Landwirtschaft dem allgemeinen Strom der Marktlage folgt; wenn die gesamte Lebenshaltung Deutschlands und der meisten Kulturvölker aufwärts steigt, wenn Löhne steigen, die Arbeitsbedingungen erschwert werden, so wird auch die Landwirtschaft mit höheren Selbstkosten zu rechnen haben. . . . Kein Williger wird auch von der Landwirtschaft verlangen, daß sie für andere Berufsstände umsonst arbeiten soll; wir wünschen einen Säug der Landwirtschaft so gut wie für die Industrie. Allein alle Preissteigerungen müssen eine Grenze haben und es geht nicht an, daß einzelne außerordentlich wichtige Waren streikweise so in die Höhe gehen, besonders wenn von diesen Waren die Ernährung und Lebenshaltung eines übergroßen Teiles des Volkes abhängt.“

Dann wird statistisch nachgewiesen, in welchem Maße in einigen rheinischen Orten seit 1904 die Fleischpreise gestiegen sind, und darauf heißt es:

„Es geht aus den Ziffern jedenfalls hervor, daß die Steigerung für Schweinefleisch über 40 Proz. beträgt. Das ist keine unbedeutende Erhöhung, sondern ein stützweises Springen nach oben. Ein solcher Sprung hätte nun bei vielen Waren nicht allzu viel Schlimmes zu bedeuten; da aber, wo es sich um ein notwendiges Genussmittel und notwendiges Gebrauchsmittel handelt, ruft eine solche Verteuerung Erregung weiterer Kreise hervor. Es ist uns ganz zweifellos, daß ein großer Teil der Währung in der Arbeiterklasse in den Montanbezirken bewirkt oder unbewirkt mit der Verteuerung der Fleischpreise zusammenhängt. Noch schlimmer aber sind die Folgen in den anderen, z. B. den Textilbezirken, wo durchaus keine Hochbewegung des Gewerbes vorliegt und wo die Löhne nicht steigerungsfähig sind.“

Die Sperre ist doch nicht Selbstzweck und etwa bestimmt, Fleischnot hervorzuheben, sondern Mittel zum Zweck, und wenn dies Mittel gefährlich wird, so muß man andere Mittel finden. Wir richten die Fragen an Herrn v. Fobbielski: Was hat er im Laufe der letzten Jahre getan, um das Mittel der Sperre zu erlösen für den Fall, daß die Sperre unhaltbar ist? Wo sind Seuchenhöfe für eingeführtes Vieh? Wo sind irgendwelche Vorbereitungen für Quarantäne? Es ist uns unbekannt, daß auf diesem Gebiete irgend etwas geschehen ist.“

Das ehrsame Organ der Roblen- und Eisenmagnaten versteht also ebenfalls recht gut zu querulieren. Doch hieße es die schönen Eigenschaften dieses Blattes verkenne, wollte man annehmen, daß es in Bezug auf die Fleischsteuerungsfrage zu besserer Erkenntnis gelangt sei. Es folgt überhaupt nicht irgendwelchen Erkenntnissen, noch läßt es sich seine Politik durch Grundsätze diktiert; seine Richtschnur

ist lediglich die Vertretung und Förderung der Interessen seiner Gönner, der Herren Bergwerks- und Hüttenbesitzer. Es sieht, daß die Arbeiter mit der stetigen Steigerung der Lebensmittel- und Fleischpreise unzufrieden sind und sich gestatten, unter Hinweis auf diese Steigerung höhere Löhne zu fordern. Das paßt den Hintermännern des Blattes nicht, zumal die Regierung sich nicht von vornherein energisch auf die Seite der Bergwerksmagnaten gestellt und den Arbeitern mit dem ganzen Aufgebot der bekannten Regierungswissenschaft in der „Nordd. Allg. Zig.“ nachgewiesen hat, daß jede Lohn-erhöhungsforderung unheilvoll und staatsgefährlich ist — vielmehr dieses Blatt es, wenn auch gegen den Willen des Herrn Delbrück, wagen konnte, einen Artikel zu veröffentlichen, der den Unternehmern empfahl, in Anbetracht ihrer steigenden Profite die Arbeiterlöhne etwas zu erhöhen.

Solche Annahmen müssen nicht nur zurückgewiesen, sondern es muß zugleich der hohen Regierung demonstriert werden, daß es gar manche Dinge gibt, deren Erörterung ihr peinlich sein dürfte. Nicht deutlich läßt das ehrsame Wochenorgan selbst dieses Motiv durchblicken, indem es schreibt: „Die Erregung der Arbeiterklasse, die nicht zum geringsten Teil von den hohen Fleischpreisen hervorgerufen ist, fällt heute mit Wucht auf die Arbeitgeber. Die Arbeitgeber haben die Folgen einer nicht geschickten Staatspolitik zu tragen, und hinterher macht dann die Regierung noch die Arbeitgeber verantwortlich, wenn sie nicht unverzüglich die Wünsche der Arbeiterklasse befriedigen. Aber den stärksten Grund zur augenblicklichen Unruhe in den großen Arbeiterzentren hat nicht der Arbeitgeber gegeben, sondern die Politik des Herrn v. Fobbielski.“

Lieber für den Fleischwucher, als für die Sozialdemokratie!

Die der freisinnigen Vereinigung angehörende „Weserzeitung“ fordert zur Unterstützung des national-liberalen Kandidaten Reife im Wahlkreise Stabe-Bremervörde auf. Selbst die „Nation“ (das Organ v. Barth's), erklärt, sie verzichte auf den Versuch, die freisinnigen zur Stimmgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten Ebert anzusprechen. Gegen die Lebensmittelverteuerung hätten sich die freisinnigen Wähler durch ihre erste Abstimmung für den freisinnigen Kandidaten ausgesprochen. Jetzt könnten sie gegen die Lebensmittelverteuerung nur noch demonstrieren, indem sie für den Sozialdemokraten stimmten. Damit sei zugleich eine Demonstration für die sozialdemokratische gesellschaftliche Ordnung verbunden, die von ihnen so rücksichtslos verworfen werde. Der Protest gegen die Sozialdemokratie sei aber wichtiger als der gegen die Agrarblöke. Deshalb müsse die Wahlparole sein: „Für den Nationalliberalen“.

Schämlocher kann die freisinnige Zimmerlichkeit sich nicht entblößen. Das durch den Brot- und Fleischwucher ausgebeutete Proletariat weih nun, was es von den papierernen Protesten des Freisinn gegen den Lebensmittelwucher zu halten hat! —

Wie die Polizei Verbrechen züchtet.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß im Grunde niemand anders für die letzte Tat des „Rödenicher Hauptmanns“, des unglückseligen Justizhausers Wilhelm Voigt, verantwortlich ist, als die Polizei, die Voigt zu wiederholten Malen während der letzten Monate um seine Existenz gebracht hat. In einigen Blättern war behauptet worden, daß Voigts Behauptung, er sei mit den polizeilichen Maßnahmen auch um seine Arbeit in Berlin gebracht worden, wie er kurz vorher durch die medienburgische Polizei in Wismar aus der Arbeit getrieben worden war, den Tatsachen nicht entspreche. Nach den Erkundigungen, die jedoch ein Berliner Blatt bei der Berliner Polizeibehörde selbst eingezogen hat, trifft die Darstellung Voigts dennoch zu. Nach diesen Informationen hat der Berliner Polizeipräsident Voigt eine Beschränkung des Aufenthaltsortes insofern auferlegt, als dem unter Polizeiaufsicht Stehenden der Aufenthalt in Berlin und seinen Vororten untersagt wurde! Für die Berliner Polizeibehörde sei hierbei das preussische Gesetz vom 31. Dezember 1842 maßgebend gewesen, das mit Zuchthaus bestraft, für die „öfentliche Sicherheit oder Moralität“ gefährlichen Personen gegenüber der Landespolizeibehörde das Recht einräumt, solche Personen in der freien Wahl ihres Aufenthalts zu beschränken.

Wir haben schon früher wiederholt auf die Wirkungen dieses Gesetzes hingewiesen, das obendrein ganz mechanisch angewendet zu werden pflegt. Wie in vielen anderen Fällen ist auch in diesem Falle dem entlassenen Sträfling Voigt die Möglichkeit genommen worden, sich durch Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen. Er ist so lange hin und her gesehnen und in seinem Proletariat gehindert worden, bis er jeden Versuch, sich zu rehabilitieren aufgab, und jenen genialen Streich ausheckte, den er dann mit so verblüffendem Erfolg in Köpenick ausführte.

Ob man nun endlich daran gehen wird, den berüchtigten Gesetzesparagrafen, der bisher nur Unheil gestiftet und unzählige Menschenexistenzen vernichtet hat, außer Kraft zu setzen? Wir wagen das auch jetzt noch nicht zu hoffen. Denn das Schicksal von Zuchthauslern ist ja kein Gegenstand, der unsere herrschenden Klassen aufzuregen geeignet wäre! —

Leipziger Justiz.

Die Strafkammer des Leipziger Landgerichts überraschte gestern in der großen Leipziger Justizsitzung gegen die „Leipziger Volkszeitung“ dadurch, daß es trotz des für den Oberstaatsanwalt Böhm und die drei angeblich beleidigten Richter geradezu vernichtenden Ausspruchs der Weisungsaufnahme nicht ein auf Freisprechung des Genossen Redaktions Seeger lautendes Urteil verhängte, sondern den Genossen Seeger zu zwei Monaten Gefängnisstrafe wegen des in Abwehr gegen Angriffe Leipziger Justizbeamter geschriebenen Artikels der „Leipziger Volkszeitung“ verurteilte. Die Urteilsbegründung liegt uns noch nicht vor. Wir können morgen nach Eingang derselben auf den für die Rechtfertigung der Presse und der Arbeiterklasse sowie für den Klassenjustizcharakter unserer Rechtspflege außerordentlich bedeutsamen Prozeß zurück. —

Mit Dank quittiert Herr Dr. Jüngst sendet und eine sogenannte Verächtigung, die zwar nicht dem Vergehen entspricht, der wir aber mit Vergnühen Raum gewähren, weil wir darin die ausbrüchliche Verächtigung für die gegen den Herrn erhobenen Vorwürfe finden. Das kostbare Zugeständnis lautet:

Es ist unrichtig, ich könne nicht bestreiten, daß mit meiner Methode, den niedrigsten Lohnstand zum Ausgangspunkt der Berechnungen zu machen, meine ganze Beweisführung den Charakter der Tendenzmaxe erhalten habe und tendenziös sei. Dagegen ist richtig, daß ich auf das entscheidende beschränken kann, daß meine Darstellung, wenn sie den niedrigsten Lohnstand zum Ausgangspunkt nimmt, irgendwie tendenziös ist, da es nur ein Moment der Unbilligkeit ist, daß ein Jahr, von dem ich — in Ermangelung weiter zurückreichenden vergleichbaren amtlichen Materials — bei meiner Betrachtung der Lohnentwicklung im Ruhrbergbau ausgehen mußte, den niedrigsten Lohnstand in den letzten zwanzig Jahren aufweist.

Es ist unrichtig, daß mein wissenschaftliches Gewissen mich nicht abgehalten habe, bei der Darstellung der Lohnentwicklung nach Perioden die Jahre so zu wählen, wie sie für meine Beweisführung gerade am besten passten. Dagegen ist richtig, daß ich zur Erfüllung meiner Aufgabe, u. a. auch den Einfluß des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels auf die Entwicklung der Löhne der Ruhrbergarbeiter zu zeigen, nicht umhin konnte, die Jahre 1886—1892 (vorjurisdiktische Zeit) und 1893—1905 (Syndikatszeit) einander gegenüberzustellen, wobei sich der Vergleich der Perioden 1886—1892 und 1896—1905 als der zweier Jahrzehnte ganz ungeeignet, sozusagen von selbst ergab.

Es ist unrichtig, daß ich in der Hauptsache mit den Ergebnissen der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft operiert habe. Dagegen ist richtig, daß meine Darstellung der Lohnentwicklung ausschließlich auf den amtlichen Lohnnachweisungen des königlichen Oberbergamtes zu Dortmund basiert und eine Verwendung der über 1888 hinausreichenden (nichtamtlichen) Lohnangaben einzelner Zechen, wie z. B. der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, sich deshalb verbot, weil sie wegen der in der damaligen Zeit viel größeren Verschiedenheit der Lohnverhältnisse kein allgemeines Bild der Lohngestaltung im ganzen Ruhrbezirk hätten geben können.

Als für Herrn Jüngst war es selbstverständlich, den niedrigsten Lohnstand zum Ausgangspunkt seiner Beweisführung zu benutzen. Das verstehen wir! Für einen Statistiker, der objektiv die Verhältnisse schildern wollte, wäre es allerdings selbstverständlich gewesen, anders zu verfahren.

Ausland.

Eine Polemik Jaurès' gegen den „Vorwärts“.

Paris, 28. Oktober. (Fig. Ver.)
Genosse Jaurès hat in der gestrigen „Humanité“ einen Artikel: „Entre deux Exces“ („Zwischen zwei Ueber-treibungen“) veröffentlicht, der sich mit der enthusiastischen Begrüßung Clemenceaus durch den „Avanti“ und der skeptischen Auffassung beschäftigt, die in dem Artikel „Der 18. Brumaire des Georges Clemenceau“ in der Freitagnummer des „Vorwärts“ zum Ausdruck gekommen ist. Da diese Nummer vorgestern in Paris noch nicht eingetroffen war, mußte sich die Ungebuld des Kritikers an den Auszug halten, den der „Temps“ in gewohnter Art für seine Zwecke durch Entstellungen und Fälschungen präpariert hatte. Eine Bemerkung des Genossen Jaurès läßt indes vermischen, daß er auf den Artikel des „Vorwärts“ nach der Lektüre seines Textes noch zurückkommen wird. Der Grundsatz, bei einer Polemik von der wirklichen Meinung des anderen auszugehen, wird natürlich auch beim Berichterstatter des „Vorwärts“ Befolgung finden. So verlagen wir es uns, auf die vorläufigen Bemerkungen des Genossen Jaurès einzugehen. Eine sachliche Auseinandersetzung über den Gegenstand wird vielleicht erst möglich sein, wenn die Rede vorliegt, die Jaurès gestern in Tours gehalten, worin er die Taktik der Sozialisten gegenüber der Regierung Clemenceaus dargelegt hat. Dieser kennt man nur das telegraphische Referat des „Matin“, das dem Redner einen Optimismus zuschreibt, der sich allerdings weit mehr dem „Erzgeb.“ des „Avanti“ als dem des „Vorwärts“ nähern würde.

Ein Zarenattentäter begnadigt.

Aus Paris schreibt man uns: Am 6. Juni 1867 fuhr Zar Alexander II. der Gasse Kapolsen III. in Boullogner Wäldchen spazieren, als sich ein junger Mensch, ohne Hut und mit aufgeregten Gesticulationen näherte. Der Stallmeister, der nebenher galoppierte, fiel ihm in den Arm. Ein Bistillenschuß trafe ihn und traf das Roh des Stallmeisters. Der Urheber dieses kindischen Attentats war ein neunzehnjähriger Pole namens Werezowski. Er wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Kaledonien verurteilt. Es hatte sich zwar herausgestellt, daß mindestens in demselben Maße wie politischer Haß die Sucht, vor einem vergebenden unworbenden Mädchen in einer Helbenrolle dazustehen, den unreifen Jüngling zu der Tat getrieben hatte, aber die monarchische Solidarität gestattete keine Gnade. So mußte der Knabe, der ein Hof verwundet hatte, in die kalifornische Hölle ziehen. Dem wahnsinnigen Weisheit gestattete die Gnade des Präsidenten der Republik, die zu verlassen. Vergebens hatte der Gefangene gehofft, daß die junge Republik einem Tyrannenmörder Milde bezuogen würde. In den Jahren nach der Kommune aber gab es kein Mitleid für Aufrechter. Erst Gambetta bewirkte 1879, daß die Strafe in einfache Deportation umgewandelt wurde. Seither lebte Werezowski in einer elenden Hütte voll Ratten und Ungeziefers auf dem Territorium des Bagnos, sein Leben von mitleidigen Gaben und von den lärglichen Ergebnissen des Fischfangs fristend, wahnsinnigen Erschwerphantasien nachhängend. Dem harmlosen Mann die ganze Freiheit zu geben, daran dachte die Republik, die sich unterdes dem Jaren zu Rühen gelegt hatte, nicht. Erst jetzt, nachdem der Unglückliche 30 Jahre, den Aufstieg und die Fülle des Lebens, im Glend der Gefangenschaft verloren hat, ist ihm die Befreiung gütlich worden. Eine Anzahl von Politikern und Philanthropen, unter ihnen drei sozialistische Deputierte: Dejeante, Thibieret und Breton, ergriffen die Initiative, und die Liga der Menschenrechte, an deren Spitze Francois de Pressensé steht, unterstützte ihre Aktion. Bezeichnend für die Verkommenheit der reaktionären Presse ist die Tatsache, daß der nationalstische „Clair“ die Begnadigung, wenn auch nicht offen tabelt, so doch mit Bosheit glosst und als überflüssig erklärt, da ja Werezowski in Kaledonien doch volle Freiheit gehabt habe. Die besoldete Brutalität der französischen Kojaken kann mit der der russischen den Wettkampf ohne Furcht aufnehmen.

England.

Der Anfang zu einer englischen Volkswart.

London, 26. Oktober. Wir sehen in England vor dem Beginn einer wirklichen demokratischen Reform des Heerwesens. Allgemeine Militärschlicht nach deutschem Muster ist hier ganz unmöglich. Von mehrjährigem Kasernleben, von der Anbetung des Soldatenrockes will der Engländer nichts wissen. Wohl aber ist er geneigt, der Jugend eine militärische Erziehung geben zu lassen. Und mit dieser militärischen Erziehung wird jetzt der Anfang gemacht. In vielen Schulen — Mittel- und Elementarschulen — wird der Schießunterricht obligatorisch. Zu diesem Zwecke werden in Birmingham Miniaturkisten zu Schulzwecken fabriziert. An einigen Hochschulen werden auch Kurse für militärische Geographie, Kriegsgeschichte und Strategie eingerichtet.

Der Grundgedanke dieser Reform ist: die Jugend militärisch zu erziehen und sie dann durch periodische Übungen zu befähigen, ihr Land gegen eine Invasion zu schützen. Das jetzige stehende Heer soll zu einer Kolonialarmee werden.

Soziales.

Eine sozialpolitisch verständige Entscheidung.

Das Hamburger Oberlandesgericht hat dieser Tage eine gerechte Entscheidung getroffen, die in einem anerkanntwertigen Gegensatz zu dem bekannten verhassten Urteil des Hamburger Gewerbegerichts in Sachen der Hamburg-Amerika-Linie aus Anlaß der Raifeier steht. In der Entscheidung handelt es sich um die Feststellung der Befugnisse des Hafeninspektors, die Hafenarbeiter gegen unmen-schliche Ueberarbeit zu schützen.

Ein Steuer hatte eine Anzahl Schauerleute angenommen, die sich ihm gegenüber verpflichtet hatten, gegen einen Alfordlohn die Ladung eines Kohlendampfers „in einer Tour“ zu löschen. Nachdem die Leute von früh 5 Uhr bis abends 7 Uhr mit den üblichen Pausen gearbeitet hatten und zur Entleerung des Schiffes noch mehrere Stunden erforderlich waren, haben sie dem Hafeninspektor erklärt, daß sie wegen Erschöpfung nicht mehr imstande seien, die Arbeit fortzusetzen. Der Hafeninspektor hat darauf die Weiterarbeit verboten. Das Verbot war damit begründet, daß die Fortsetzung der Arbeit durch die ermüdeten Leute eine unmittelbare Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit gebracht haben würde. Die Reederei des Schiffes hat daraufhin dem Steuer einen Abzug von 400 M. gemacht; dieser hat sich an den Arbeitern schadlos halten wollen. Deren Ansprüche sind jedoch vom Gewerbegericht ohne Abzug für berechtigt erklärt worden. Nunmehr hat der Steuer die Polizeibehörde, welche die Vertretung des Hafeninspektors übernommen hat, verklagt, weil dieser seine Amtsbefugnisse groblich überschritten habe. Die Klage ist abgewiesen worden.

Nachdem die Arbeiter 14 Stunden hintereinander bei einer schweren körperlichen Arbeit beschäftigt gewesen waren, mußte, nach der Abgabe der menschlichen Leistungsfähigkeit, mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sie bei der Weiterarbeit an ihrer Gesundheit Schaden erleiden, sich auch gegenseitig gefährden könnten. Die Annahme, daß der Hafeninspektor die ihm zustehende Befugnis zur Anweisung der Arbeit absichtlich zugunsten der Arbeiter mißbraucht habe, ist daher ohne weiteres zurückzuweisen.

Durch das Gesetz vom 20. November 1897 ist der Wirkungsbereich des Hafeninspektors dahin umschrieben, daß ihm die Fürsorge für den Schutz der Hafenarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sowohl in den Arbeitsbetrieben selbst, wie bei der Beförderung von und nach den Arbeitsstätten im Hafen nach Analogie der Fabrikspektoren obliegt. Insbesondere ist er befugt, wenn seines Erachtens durch mangelhafte Betriebsbedingungen im Hafen eine unmittelbare Gefahr für Leben oder Gesundheit der im Betriebe Beschäftigten entsteht, sofort die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen und nötigenfalls die Fortsetzung der Arbeit bis zur Abstellung der geklagten Mängel zu untersagen.

Unter einer mangelhaften Betriebs-einrichtung ist nicht nur die Mangelhaftigkeit der zum Betriebe benutzten Einrichtungen, die Arbeitsmaschinen, die Werkzeuge, Gerüste, Leitern, Lötlöcher und Ladeeinrichtungen, die Sicherheit der Läden zum Schiff und zu dessen einzelnen Räumen zu verstehen, sondern auch die Art und Weise, wie der Betrieb geregelt ist. Auch dieser muß so eingerichtet sein, daß er, soweit tunlich, keine Gefahr für die Arbeiter mit sich bringt.

Zu einer Betriebs-einrichtung gehört es also auch, daß bei gewissen schwierigen Arbeiten die genügende Arbeiterzahl eingesetzt und bei lang andauernden Arbeiten für einen rechtzeitigen Ersatz der ermüdeten Arbeiter gesorgt wird. Eine mangelhafte Betriebs-einrichtung in diesem Sinne ist in gleicher Weise geeignet, unmittelbare Gefahren für Leben oder Gesundheit der Arbeiter mit sich zu bringen, wie die mangelhafte Beschaffenheit der Betriebsräume, Maschinen und Gerätschaften.

Der Fall einer solchen mangelhaften Betriebs-einrichtung lag aber vor. Denn daß die Arbeiter, die bereits vierzehn Stunden bei der Entladung des Kohlenschiffes gearbeitet hatten, zu ermüdet waren, um ihrer Tätigkeit und der Bedienung der dabei benutzten Maschinen und Gerätschaften noch die notwendige Aufmerksamkeit widmen zu können, also kein geeignetes Personal zur Fortsetzung der Arbeit waren, ist nicht zu bezweifeln.

Gleichgültig ist dabei, daß die Arbeiter durch Vertrag die über-mäßige Arbeit übernommen und sich dadurch selbst in die Lage gebracht haben, sie ausführen zu müssen. Denn die Anordnung des Hafeninspektors geschieht im öffentlichen Interesse und ohne Rücksicht auf bestehende Verträge.

Das Verbot der Fortsetzung der Arbeit durch übermüdete Arbeiter war daher von seiten des Hafeninspektors gesetzlich gerechtfertigt.

Zu dieser durchaus dem § 120a der Gewerbeordnung und § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechenden Entscheidung des Hamburger Oberlandesgerichts möchten wir nur noch hervorheben, daß Arbeitgeber — industrielle wie landwirtschaftliche — durch Anordnung übermäßig langer Arbeitszeit ihre gezielte und ihre Vertragspflicht verletzen. Das hat bekanntlich im Fall der Hamburg-Amerika-Linie das Gewerbegericht groblich verkannt. Gegen die auf die Hamburg-Amerika-Linie bezügliche Entscheidung ist übrigens Berufung eingelegt.

Krankenfassenwahl in Darmstadt.

Am Sonntag fand die Wahl der Vertreter der Ortskrankenkasse in Darmstadt statt. Die christlichen Gewerkschaften beteiligten sich zum erstenmal an der Vertreterwahl, sie erhielten — 116 Stimmen. Auf die Kandidaten des Gewerkschaftsvereins entfielen 1206 Stimmen. Bravo! Bei gleicher früh ansehender Mäßigkeit des Gewerkschaftsvereins auch an anderen Orten dürfte der Sieg des Gewerkschaftsvereins ein ähnlicher sein. Es zeigen aber Wahlen an verschiedenen Orten, an denen die jetzigen Kandidaten des Gewerkschaftsvereins gewählt sind, daß man sich gar zu großer Siegesgewissheit hingibt. Dringend erforderlich ist bei der Mobilisierung der Christlichen und des Reichsverbandes gegen die Massenverwaltungs- und Staatlich und Hand in Hand mit den politischen Organisationen die Massenwahlen vorzubereiten.

Gegen übermäßige Ausbeutung jugendlicher Arbeiter

müsse mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen werden, sagte das Landgericht in Augsburg in der Begründung eines Urteils, das einem Ziegeleiunternehmer wegen 14 und 15 Stunden langer Beschäftigung jugendlicher Arbeiter eine Geldstrafe in Höhe von 75 M. auferlegte. Mit dieser Strenge des Gesetzes wird der nichtswürdige Ausbeuter wohl zufrieden sein, denn er hat in einer langen Zeit aus diesen jungen Vurschen jedenfalls den vielfachen Betrag von 75 M. herausgeschunden.

Bestimmungen über Arbeits- und Wohnräume der Bäckergehilfen

hat der Bezirkspräsident des Unter-Oberrhein erlassen. Unter anderem heißt es in diesen Bestimmungen, daß die Arbeitsräume nicht in unmittelbarer Verbindung mit Bedürfnisanstalten stehen dürfen. Ferner müssen auf jede beschäftigte Person im Arbeitsraum 15 Kubikmeter Luftraum entfallen. Den Arbeitern muß Gelegenheit geboten sein, ihre Kleider sauber zu verwahren und sich an einem ausreichend gewärmten Orte zu waschen und umzukleiden. Die Arbeitsräume dürfen als Wohn- oder Schlafplätze nicht benutzt werden, was leider noch eine sehr verbreitete Mißbräuch ist. Es wäre zu wünschen, daß auch anderwärts diesen allergrößten Uebelständen zum Nutzen der in diesen tätigen Arbeiter und des konsumierenden Publikums abgegolten würde.

Interessengruppen bürgerlicher Gemeinderäte.

In der Stadtverordnetenversammlung in Kempton (Allgäu) beschwerte sich ein bürgerlicher Gemeinderat über die Presse, weil diese die Öffentlichkeit vom Auftreten des Typhus in der Stadt in Kenntnis gesetzt habe. Dadurch habe unter dem Publikum eine Verwirrung eingebracht worden und die Folge davon sei gewesen, daß ihm aus Furcht typhuskrant zu werden, niemand mehr Schlagrahm abgelaufen habe.

Aus Industrie und Handel.

Erbe.

Eine echte Scharfmacherei leistete sich auf der Generalversammlung der Harpener Bergwerks-Gesellschaft der Generaldirektor Näßer. Nach dem Bericht des „V. L.“ führte er aus:

Eine allgemeine Steigerung der Kohlenpreise, die einer 15prozentigen Erhöhung der Löhne entsprechen würde, würde in den westlichen Kreisen Mißstimmung hervorrufen und zu einem Niedergang der Konjunktur führen, auf den eine ebenso sprunghafte Lohnherabsetzung folgen müßte, und der schwere Mißstände hervorrufen würde. Es sei auf eine friedliche Verständigung zu hoffen, besonders, da die Bergarbeiter von der allgemeinen Teuerung am wenigsten betroffen seien. Kein Gewerbe werde seinen Arbeitern solche Vorteile zu wie der Kohlenbergbau. Für die Deputatskassen seien die Preise nicht erhöht. Die Mietsen seien nicht gesteigert worden. Ueber die Entwicklung der nächsten Zukunft lasse sich nichts sagen. Es sei aber dem gefunden Sinn der Bergarbeiter zu vertrauen, daß sie den Urhebern der grundlosen Unzufriedenheit nicht folgen würden. — Hierzu ist zu bemerken, daß die Bergarbeiter, selbst wenn für sie, wie ausgeführt, die Kohlenpreise und Wohnungsmieten nicht gesteigert worden sind, doch unter der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel noch schwer genug zu leiden haben.

Die Behauptung, die Mietsen seien nicht gesteigert worden, steht mit den Tatsachen in schreiendem Widerspruch. Selbst der berühmte Herr Dr. Jüngst hat in seinen tendenziösen Artikeln im „Glückauf“ Steigerungen der Mietpreise und zwar auch für Wohnwohnungen anerkannt. Offenkundige Tatsachen werden ungeniert geleugnet, um die Ablehnung der Bergarbeiterforderungen zu begründen. Wie würde man über die Arbeiter und die „Urheber der Unzufriedenheit“ herfallen, wenn diese mit ebenso unwahren Behauptungen wie Herr Näßer aufwarten wollten. Als eine kaum glaubliche Unverfrorenheit muß der Hinweis auf die eventuelle Notwendigkeit einer 15prozentigen Preissteigerung für Kohlen empfunden werden. Der Ueberfluß der Harpener Gesellschaft belief sich für das 3. Quartal 1906 auf 6 105 000 Mark, das ist gegen das Ergebnis des 3. Quartals 1905 ein Mehr von 1 500 000 Mark gleich 44 Prozent. Pro Arbeitstag stellt sich der Betriebserlös im 3. Quartal 1905 auf 44 873 M., im 3. Quartal 1906 auf 65 448 M. Mit solchen Ergebnissen sind die Kohlenmagnaten nicht zufrieden, sie wollen die Konsumenten noch mehr schröpfen und die Arbeiter sollen höchst bescheiden und zufrieden sein.

Betriebserweiterungen. Nach der „Rhein-Westf. Jtg.“ stehen mehrere Hüttenwerke in Verhandlungen, um Siegerländer Eisenerzgruben zu erwerben. So haben u. a. die Rheinischen Stahlwerke die Gruben „Concordia“, „Neue Harth“, „Bautenberg“ und „Pfannenberg“ befallen lassen.

Metallindustrie Schönebeck N. O. Aus dem Ergebnis des verflossenen Geschäftsjahres wird eine Dividende von 10 Proz. verteilt.

Amerikanische Ernte. Der „New Yorker Handelsztg.“ entnehmen wir folgende Angaben:

Auf Grund der neuesten amtlichen Angaben vergleichen sich die für die Hauptartikel unserer Bodenproduktion sowie vorliegenden Ernteaussichten mit der amtlichen Schätzung der letztjährigen Ergebnisse in folgender Weise:

	Oktober 1906	Ernte von 1905
Winterweizen	493 434 000	428 462 834
Frühjahrsweizen	246 449 000	264 516 655
Gesamt-Weizenernte	739 883 000	692 979 489
Rais	2 780 089 000	2 707 963 540
Hefe	863 852 000	953 216 197
Gerste	144 528 000	186 651 020
Kartoffeln	287 615 000	360 741 294
Buchweizen	13 240 000	14 505 082

Demnach ergibt sich für 1906 bei Weizen ein Mehr von 46 903 511 Bushel, bei Rais von 72 075 460 Bushel, bei Hefe ein Minus von 99 864 197 Bushel, bei Gerste ein Mehr von 7 870 980 Bushel, bei Kartoffeln ein Mehr von 26 873 706 Bushel, und bei Buchweizen ein Minus von 1 265 082 Bushel.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Differenz in den Siemenswerken hat eine weitere Verschärfung und Ausdehnung erfahren. Am Freitag beschlossen mehrere Abteilungen mit zusammen circa 250 Mann, die Aussperrten durch Niederlegung der Arbeit zu unterstützen. Dieser Beschluß ist am Sonnabend ausgeführt. Natürlich ist der Firma Mitteilung von dem in Aussicht stehenden Streik gemacht worden, um sie noch in letzter Minute Gelegenheit zu geben, die Niederlegung der Arbeit durch Entgegenkommen den Aussperrten gegenüber, zu verhindern. Aber die Herren Direktoren haben in ihrer Weisheit anders beschlossen. Wie beschlossen war, ging klar aus den nachfolgenden Maßnahmen hervor. Die 250 Arbeiter hatten den Betrieb noch nicht verlassen, als zunächst seitens der Reizter auf die 250 ein Sturmangriff verübt wurde, um alle oder doch einen Teil zum Bleiben zu veranlassen. Was ist da nicht alles verprochen! Eine ganze Reihe von Weiserworten! Als das nicht zog, ging man zu Drohungen über. Man sollte einsteigen und 2, 3 und 4 Mann zusammen in die Meisterkutsche, um so wirksamer arbeiten zu können. Doch alles vergeblich. Bis auf einige wenige haben die in Frage kommenden kurz nach 12 Uhr den Betrieb verlassen, die Reizter usw. in der Rolle der betrübten Köhlerberge zurücklassend. Nun begann ein weiteres Spiel. In allen Abteilungen, die noch im Betrieb waren, wurde seitens der Vorgesetzten im höchsten Auftrag bekannt gegeben, daß, wer nicht sofort der „gelben Gewerkschaft“ beitrete, am Abend aussperrt würde. Auch hierbei wurden wieder alle Reizter gezogen. Versprechungen, Bitten und schließlich Drohungen. Mit einem Wort, es ist in der ungenürenden Weise in Verletzung, Drohung und Nötigung gearbeitet worden. Daß mancher der Arbeiter es schon als Verleumdung empfindet, wenn man ihm auch nur anbietet, Mitglied der gelben Streikbrecherorganisation zu werden, scheinen die Herren Direktoren ganz zu vergessen. Nun haben aber unsere Kollegen, die noch im Betrieb arbeiten, diesem zweiten Sturm auf ihre Organisation tapfer Standgehalten. Was die Herren für die gelbe Gewerkschaft erwirkt haben, ist derartig minimal und minderwertig, daß wohl in Erkenntnis dieser Tatsache die für den Abend angesagte Aussperrung unterließ. Ob die Aussperrung nicht doch noch kommt, oder ob die Verunsicherung bei der Direktion Oberhand gewinnt, werden wir wohl in den nächsten Tagen sehen. Doch wie immer es auch kommt, so viel sieht heute schon fest, alle Arbeiter und Arbeiterinnen sehen, wohin der Kurs geht. Es handelt sich für die Firma um nicht mehr und nicht weniger, als um die Verödung unserer Organisation. Die Firma hat die letzten Rücksichten beiseite gelassen, sie hat die Karte der Humanität und Arbeiterfreundlichkeit vollständig abgenommen und zeigt jetzt ihr wahres Gesicht! Unsere Kollegen und Kolleginnen im Werk wissen jetzt, was los ist. Wir erwarten, daß sie nach wie vor ihren Mann stehen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Im Streit der Werkzeugmacher und Schlosser der Spezialbetriebe für Schmitte und Stangen ist eine Aenderung nicht eingetreten. Der Streik dauert jetzt bereits über 2 Wochen und scheint es, als ob noch längere Zeit vergehen muß, ehe die Herren für unsere Forcierung das notwendige Verständnis haben. Ein Nachgeben seitens der Werkzeugmacher ist, wie in einer Versammlung unter Zustimmung aller Streikenden von einem Beteiligten erklärt wurde, vor Weihnachten ausgeschlossen. Voraussichtlich wird dieser Kampf also noch ein Weilchen dauern.

Achtung, Metallarbeiter! Heute, Montag, ist bei der Firma Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert mit Mitteln für die gelbe Gewerkschaft gearbeitet, die vollendete Ersperrung, Nötigung, Verdröhung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung darstellen.

Es ist deshalb Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen die Direktion sowie die Werkführer und Meister obiger Firma erstattet worden.

Es bleibt abzuwarten, ob gegen diese Gesetzesverächter ebenso scharf vorgegangen wird, wie wenn es sich um Arbeiter handelt. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Anträge zum Tarifvertrag der Zimmerer.

Da der Tarifvertrag für das Zimmergewerbe am 31. März 1907 abläuft, falls er bis zum 1. November nicht gekündigt wird und auch keine Abänderungsanträge gestellt werden, auf ein Jahr unverändert weitergilt, haben bereits eine Anzahl Bezirksvereinigungen der Zimmerer über diese Fragen beraten und in manchen Bezirken wurden sogar zwei oder drei Sitzungen deswegen abgehalten. Die Vor schläge der Bezirke lagen einer am Sonntag bei Mitteln in der Meisselstrasse abgehaltenen Jahreshauptversammlung gedruckt vor. In allen Bezirken waren Lohnverhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit verlangt worden. Wie der Vorsitzende Witt, der über die Sitzungen berichtete, ausführte, war die Forderung der Lohnverhöhung übereinstimmend damit begründet worden, daß die hauptsächlich durch den neuen Zolllarif hervorgerufene allgemeine Verteuerung der Lebensmittel, dazu die auf dem Grundstückswert beruhende Steigerung der Wohnmieten die Zimmerer immer mehr zur Einschränkung und Verschlechterung ihrer Lebenshaltung nötigen, während die Unternehmer immer profitabler werden. Die Forderung der Arbeitszeitverkürzung war damit begründet worden, daß die meiste Arbeit nicht mehr in Berlin, sondern in entfernt liegenden Orten ausgeführt wird, wie denn auch die Holzpläne, die Hauptarbeitsstätten der Zimmerer, nach außerhalb verlegt worden sind, und daß dadurch die nach dem Vertrag neunstündige Arbeitszeit sich oft auf volle 12 Stunden ausdehnt. Soll es nun dem Zimmerer möglich sein, als Kulturmenschen zu leben, sich seiner Familie, der Erziehung seiner Kinder zu widmen, so ist es unbedingt notwendig, den Achtstundentag einzuführen. — Dieser Begründung schlossen sich sämtliche Redner in der Jahreshauptversammlung an. Die Versammlung beschloß, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und die Erhöhung des Stundenlohnes auf 85 Pf. zu verlangen. Einige Stimmen für 1 M. Stundenlohn; die Mehrheit war jedoch der Ansicht, daß, wenn auch ein solcher Lohn durchaus nicht zu hoch sei, diese Steigerung um 25 Pf. doch allzu schwer durchzusetzen sein werde. — Es lagen noch verschiedene andere Anträge zum Tarifvertrage vor; sie wurden jedoch von der Versammlung nicht weiter beraten, sondern den Mitgliedern der Schlichter-Kommission als Material überwiesen.

Der Bericht, lang wurde auch die Abrechnung vom 2. Quartal vorgelegt. Die Einnahmen samt dem alten Bestand von 102.568,16 M. betrugen 154.003,06 M., die Ausgaben 45.250,87 M., so daß der Bestand sich am Quartalschluß auf 108.752,16 M. erhöht hatte. An den Streikfonds wurden 3825,60 M. abgeliefert, an die Zentralkasse 2978,90 M. Das Sommerfest brachte 343,74 M. Ueberschuß. Die Mitgliederzahl stieg von 4687 auf 4914.

Dann wurde über die Sperrung bei Ferdinand Frey in der Lösungsstraße berichtet. Sie hatte keinen Erfolg, weil sich eine Anzahl Arbeitswilliger eingefunden hatten, teils unorganisierte Leute, teils Mitglieder des Vereins oder des Verbandes. Ihre Namen sind: Ernst Pfeiff, Gustav Strechmann, Richard Schulz, Paul Silberbrand, Stenz, Artur Süß, Otto Ziegler, Hermann Klemann, Josef Jakobski und Ernst Schmaß. Soweit sie Verbandsmitglieder sind, beschloß die Versammlung, ihren Ausschluß beim Hauptvorstand zu beantragen.

Ferner wurden die Vorgänge auf dem Bau „Kaiserhof“ zur Sprache gebracht, die im Wahlverein des 6. Kreises ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Vorsitzenden Witt zur Folge hatten. Rudolphi erklärte hierzu, der Genosse Eugen Ernst habe ihm mitgeteilt, dem Genossen Witt sei für sein Verhalten auf dem Bau vom Schiedsgericht eine Buße erteilt worden. Demgegenüber bemerkte Witt, daß dies durchaus nicht der Fall sei. Er schilderte dann ausführlich die Vorgänge auf dem Bau und seine Stellung dazu, und sagt zum Schluß, daß keines der Schiedsgerichtmitglieder gegen sein Verhalten etwas einzuwenden gehabt habe, und sowohl das Schiedsgericht wie die Vorstandsmitglieder des Wahlvereins anerkannt hätten, daß er nur seine Pflicht als Vertreter der Organisation erfüllt habe. Er selbst aber werde, falls wieder ein solcher Fall eintrete, ebenso handeln, wie es den Vorschriften und Beschlüssen der Organisation entspreche. — Auf Vorschlag Rudolphi nahm die Versammlung hierzu einstimmig folgende Resolution an:

„Nach genauer Kenntnisnahme der bekannten Vorgänge am Bau „Kaiserhof“ erklärt sich die heutige Versammlung mit den damals getroffenen Maßnahmen des Kameraden Witt voll und ganz einverstanden.“

Ueber einen Antrag, zu verlangen, daß die in der vorigen Versammlung angenommene Resolution über die Schreibweise des „Zimmerer“ vorzuziehen im Verbandsorgan veröffentlicht werde, wurde durch Annahme der folgenden, von Knüpfen vorgeschlagenen Resolution zur Tagesordnung übergegangen:

„Durch den Beschluß des Mannheimer Parteitag ist erfreulicherweise das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaftsbewegung anerkannt und festgelegt, wie es in unserem Verbandsorgan seit dessen Bestehen vertreten worden ist. Daher erklären wir die Angelegenheit für erledigt und fahren in der Tagesordnung fort.“

Tarifforderungen der Bauhilfsarbeiter.

Wie die Tarifverträge der Berliner Maurer und Zimmerer, so läuft auch der Vertrag der Bauhilfsarbeiter am 1. April 1907 ab. Eine Generalversammlung des Verbandes der baugeverwandten Hilfsarbeiter, die am Sonntag unter sehr zahlreicher Beteiligung im Feenpalast tagte, hatte zu beschließen, welche Forderungen bei der Neubearbeitung des Tarifs aufgestellt werden sollen. Zu diesem Punkt der Tagesordnung hielt der Vorstandsmitglied Wöhrendt aus Hamburg einen Vortrag. Er besprach die Entwicklung der Unternehmer- sowie der Arbeiterorganisation und zeigte, daß die Löhne der Bauhilfsarbeiter um bedeuende erheblich hinter den Löhnen der Maurer und Zimmerer zurückgeblieben sind, weil die Bauhilfsarbeiter bis vor nicht allzu fern Zeit recht schwach organisiert waren. Jetzt aber sei die Organisation erheblich stärker geworden und auf diesen Umstand gestützt, könnten die Bauhilfsarbeiter mit Aussicht auf Erfolg Forderungen stellen. Ferner wies er auf den Plan der Unternehmer, im Jahre 1908 eine große Arbeiterperzeution ins Werk zu setzen. Der Verband der Bauhilfsarbeiter habe eine Reihe von Verträgen mit der Unternehmerorganisation abgeschlossen. Es laufen 3 dieser Verträge, an denen 18-19.000 Verbandsmitglieder beteiligt sind, im Jahre 1907 ab und im Jahre 1908 enden 54 Verträge, die sich auf etwa 45.000 Mitglieder erstrecken. Wenn sich also der von den Unternehmern geplante Kampf entwickle, so könne er eine große Ausdehnung annehmen. Es sei nun eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes, sich für diesen Kampf zu rüsten, damit, wenn die Unternehmer den Kampf wagen, er von den Arbeitern siegreich durchgeführt werden kann. Der Referent empfahl folgende Resolution:

In Erwägung, daß sich die Unternehmer immer mehr in Organisationen fester zusammenschließen, um dadurch den gerechten Forderungen der Arbeiter besser entgegenzutreten zu können; in weiterer Erwägung, daß die in den letzten Jahren abgeschlossenen Verträge im Frühjahr 1908 fast alle ablaufen, und daß bestimmt zu erwarten ist, daß von seiten der Unternehmer irgend welche Maßnahmen geplant werden, die darauf hinauslaufen, durch allgemeine Aussperrung die Arbeiterorganisation völlig zu vernichten, um so mehr, da die Unternehmer von seiten der Behörden das weitest entgegenkommen zu erwarten haben, wie solches die Streiks und Aussperrungen der letzten Jahre gezeigt haben. Da aber solchen Machinationen nur eine gefestigte, auf guter finanzieller Grundlage stehende Organisation entgegenzutreten kann, so spricht die Versammlung

den Wunsch aus, daß Mittel und Wege geschaffen werden, die geeignet sind, selbst die größten Kämpfe wirksam durchzuführen zu können. Da diese Mittel aber notwendig eine Erhöhung der Beiträge in sich schließen, so erwarbt die Versammlung, daß der Zentralvorstand dem nächsten Verbandstag eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Betreffs der bevorstehenden Tarifberatung erklärte sich die Versammlung einstimmig für die in den Vorbesprechungen aufgestellten Forderungen. Dieselben befragen in der Hauptsache: Die Arbeitszeit soll mit derjenigen der Maurer und Zimmerer übereinstimmen. Die Stundenlöhne, welche für die verschiedenen Arbeiterkategorien jeht 50-80 Pf. betragen, sollen um je 10 Pf. erhöht werden. Für die Akkordarbeiter soll der Tarif gefordert werden, der bereits in der Sonnenabendnummer des „Vorwärts“ mitgeteilt ist. Danach ist der jetzige Preis um 50 Pf. pro 1000 Steine zu erhöhen. Ueberstunden, falls solche notwendig sind, mit einem Zuschlag von 50 Proz., Nach- und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. zu bezahlen.

Der Vorsitzende Kniebow teilte mit, daß sich die Freie Vereinigung der Bauarbeiter (Lokalisten) an die Verbandsleitung gewandt habe mit dem Ersuchen, beide Organisationen möchten sich über die aufzustellenden Forderungen gemeinsam verständigen. — In Uebereinstimmung mit einem Vorschlage des Vorstandsbesprechenden beschloß die Versammlung, daß der Freien Vereinigung die hier angenommenen Forderungen des Verbandes mitgeteilt werden. Es müsse der Freien Vereinigung überlassen bleiben, ob sie sich den Forderungen anschließen und dieselben ebenfalls den Unternehmern einreichen wollen.

Zu Beginn der Versammlung hatte der Kassierer Büttcher den Kassendbericht vom dritten Quartal erstattet. Einschließlich des alten Bestandes von 73.487,74 M. betrug die Einnahme 159.976,55 M., die Ausgabe belief sich auf 50.695,30 M., so daß ein Bestand von 79.281,16 M. bleibt. 11.669 Mitglieder haben im dritten Quartal ihre Beiträge voll bezahlt.

Streik und Aussperrung in der Schuhindustrie.

Aus den Berichten, die in der am Montagvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden und Aussperrten erstattet wurden, ergibt sich, daß die Situation im allgemeinen unverändert ist. Die streikenden Schuhmacher denken nicht daran, die geringfügigen Forderungen, um welche sich der Kampf dreht, fallen zu lassen und ebensowenig sind die ausgesperrten Arbeiter der mechanischen Betriebe willens, vor den Fabrikanten zu kriechen. Besonders haben die außerhalb ihrer Organisation stehenden Schuhfabrikanten den Arbeiter Tarife vorgelegt, auf deren Grundlage weiter verhandelt werden soll. Die eingehende Prüfung dieser Tarife durch die Vertretung der Arbeiter ist zwar noch nicht beendet, doch hat eine flüchtige Durchsicht schon soviel ergeben, daß nur ein einziger Tarif wirklich als eine Verbesserung zu betrachten ist, während alle übrigen neben Erhöhungen einzelner Positionen auch erhebliche Herabsetzungen vieler anderer Positionen enthält. Damit ist also dargelegt, daß es nicht wahr ist, wenn die Fabrikanten behaupteten, sie hätten Lohnverhöhungen von 6-15 Proz. bewilligt. Ebenso unwahr ist es auch, wenn das Unternehmersongan, der „Schuhmarkt“, sagt, es seien in den mechanischen Betrieben 1800 Arbeiter ausgesperrt. Nach den Berichten der Vertrauensmänner sind nur 850 Arbeiter ausgesperrt, und die Zahl der Streikenden beträgt gegen 200, so daß Streikende und Aussperrte zusammen die Zahl von etwa 1000 erreichen. Die Arbeiter sind auch heute noch so einig wie am ersten Tage des Kampfes, während die Fabrikanten sich in einer weniger günstigen Situation befinden, denn sie versuchen, ihre Arbeiten in anderen Betrieben, außerhalb Berlins, anfertigen zu lassen, ein Versuch, der jedoch meist an der Solidarität der betreffenden Arbeiter scheitert. Unter diesen Umständen sehen die Streikenden und Aussperrten mit aller Ruhe dem weiteren Verlauf der Dinge entgegen.

Achtung! Arbeiter! Parteigenossen! Wiederum ist es dem unterzeichneten Zentralverband gelungen, in den Handtuch- und Wäscheverleihergeschäften durch straflose Organisation den am 1. Mai 1906 abgeschlossenen Tarif auf folgende Firmen auszudehnen: A. Schulze (in Firma „Hoffnung“), O. Dürre, G. Plick, E. Spormann (in Firma „Fronto“), A. Rüdiger, R. Zahn und R. Weimann.

Ein kleiner Prozentsatz (Kutscher und Hausdiener) weigert sich, trotz reger Agitation, der Berufsorganisation beizutreten. Darum ist es doppelt notwendig, Solidarität zu üben, und die braune Kontrollkarte, welche jeden Monat den Kontrollstempel der Organisation aufweisen muß, zu fordern.

Karten, die nicht jeden Monat gestempelt sind, haben keine Gültigkeit. Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Branchenleitung der Handtuchfahrer.

Lohnbewegung des Brauereiarbeiterpersonals.

Eine vom Transportarbeiterverband einberufene hartbesetzte öffentliche Versammlung der Bierkutscher, Mitfahrer und Stalleute besaßte sich am Sonntag in Wuggenbagens Etablissement sehr eingehend mit der Aufstellung von Lohnforderungen an die Berliner Brauereibesitzer. Nach einem Referat des Genossen Bender-Magdeburg über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Brauereiarbeiterpersonals berichtete Uthes, daß die bisherige Sektion II des Brauereiarbeiterverbandes den für die Brauereiarbeiter günstigen, am 31. Dezember d. J. ablaufenden Tarif gekündigt und auch für das Jahrespersonal neue Forderungen gestellt hat, ohne sich darüber vorher mit dem Transportarbeiterverband zu verständigen, obwohl diesem die Mehrheit der Kutscher usw. angehört. Die eingereichten Forderungen des Brauereiarbeiterverbandes sehen nun einen durchschnittlichen Jahresverdienst vor, und zwar für Fahrfahrer von 3500 M., für Flaschenbierfahrer von 2800 M. und für Privatbierfahrer von 2600 M. Nun sind die im Transportarbeiterverband organisierten Fahrer jedoch mit der Normierung eines Jahresverdienstes nicht einverstanden. Sie wünschen vielmehr die einheitliche Festsetzung eines Mindest- Wochenlohnes. Aus diesem Grunde hat die Ortsleitung des Transportarbeiterverbandes eine Reihe von Ergänzungsvorschlägen zu dem Tarifentwurf des Brauereiarbeiterverbandes ausgearbeitet, die der Versammlung zur Beschlussfassung vorliegen. Sie lauten im wesentlichen:

Der Mindestlohn für Fahrfahrer beträgt 27 M. pro Woche, außerdem erhalten dieselben für je 100 Liter (1 Hektoliter) verkaufte Bier eine Provision von 80 Pf.

Für Fahrfahrer beträgt der Lohn pro Woche 30 M., außerdem erhalten dieselben für je 100 Liter (1 Hektoliter) verkaufte Bier eine Provision von 10 Pf.

Für Reservefahrer beträgt der Lohn pro Woche 34 M., außerdem erhalten dieselben auf Reservetouren für je 100 Liter (1 Hektoliter) verkaufte Bier 40 Pf. Provision.

Der Mindestlohn für Flaschenbierfahrer beträgt pro Woche 25 M. Die Provision beträgt für jeden Kasten verkaufte Bier 10 Pf. und für eigene Kunden fortlaufend pro Kasten verkaufte Bier 5 Pf.

Für Flaschenbiermitfahrer beträgt der Lohn pro Woche 30 M., außerdem erhalten dieselben für jeden verkauften Kasten Bier 2 Pf. Provision. Bei einem durchschnittlichen Verkauf von über 30 Kisten täglich, oder 180 Kisten in der Woche, erhält jeder Flaschenbiermitfahrer einen Mitfahrer. Kutscher, welche täglich 20 bis 30 Kisten verkaufen und diese Arbeit allein bewerkstelligen, erhalten täglich 150 M. Extravergütung.

Der Lohn für Stalleute beträgt pro Woche 34 M.

Für Touren nach außerhalb erhalten die Fahrer und Mitfahrer Spesen. Das Abfahren von Touren an Sonn- und Feiertagen soll in Zukunft auch während des Sommerhalbjahres von dem Jahrespersonal nicht verlangt werden. Falls dennoch in ganz dringenden Fällen eine Tour erledigt werden muß, so erhalten die Fahrer und Mitfahrer je 3 M. Vergütung für diese Arbeit. Das Führen der Pferde und Reiten der Geschirre darf von dem Jahrespersonal an Sonn- und Feiertagen nicht verlangt werden. Die Arbeitszeit der Reservefahrer soll 10 Stunden innerhalb 12 Stunden täglich nicht überschreiten. Dieselbe Arbeitszeit soll auch für Flaschenbierfahrer

und Mitfahrer möglichst innegehalten werden und sind die Touren derselben dementsprechend zu regeln. — Jedem Fahrer und Mitfahrer wird im Sommer ein Urlaub wie folgt gewährt. Nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr 1 Woche, nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren 2 Wochen, unter Fortzahlung des Lohnes. In jedem Brauereibetrieb sind für das Jahrespersonal verschleißbare Spinden zur Aufbewahrung ihrer Garderobe und sonstigen Sachen anzuschaffen. Der Tarif gilt vom 1. Januar 1907 bis zum 31. Dezember 1908 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nach 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Nach längerer Aussprache, an der sich auch mehrere anwesende Vertreter des Brauereiarbeiterverbandes beteiligten, erklärten sich die Anwesenden mit allen gegen vier Stimmen für die Einreichung dieser Forderungen unter Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Nach eingehender Begründung der aufgestellten beiderseitigen Lohnforderungen haben die Versammelten auf dem Standpunkte das die als Ergänzungsvorschläge vom Transportarbeiterverband vorgelegten Forderungen als Grundlage für die demnächst stattfindenden Verhandlungen mit den Brauereibesitzern zur Annahme zu empfehlen sind. Die Versammelten beauftragen daher die Ortsverwaltung Berlin I des Transportarbeiterverbandes, diese Forderungen den vereinigten Brauereibesitzern zu unterbreiten und Verhandlungen auf dieser Grundlage anzubahnen.“

Berein der Töpfer Berlins und Umgegend.

Die Sperrung über den Bau Sparr- und Sprengelstrassen-Straße, Ausführer: Töpfermeister Unjug, ist hiermit aufgehoben. Der Vorstand.

Achtung, Buchbinder und Buchbinderarbeiten! In der Buchbinderei und Buchdruckerei von E. Barteld, Weihenstraße 8, hat das Gesamtpersonal des Betriebes wegen Ablehnung des Tarifes einstimmig die Arbeit niedergelegt. — Die Firma fertigt in der Hauptsache jene noch von breiten Arbeiterschichten gekaufte Hintertreppe Literatur an. Es entspricht dem Inhalt dieser Literatur „Billig und Schlicht“ auch die bisherige Entlohnung wie Behandlung des Personals in dem Betriebe. Schläge der noch jugendlichen Arbeiterinnen in der Buchbinderabteilung, sowie Kränke an den Ohren, daß die Öhringe herausfliegen und entsprechende Titulationen aus dem Vortrage der Poologie sind in dem Betriebe nach an der Tagesordnung. Zugunach diesem Eldebrado ist streng fernzuhalten. Deutscher Buchbinderverband. Die Ortsverwaltung.

Herr Gastwirt Morre in Rummelsburg sendet uns folgende Zuschrift:

In einem Artikel des „Vorwärts“ (Nr. 251) wird mein Lokal ein Tummelplatz für Streikbrecher usw. genannt, desgleichen ich selbst noch als im Solde der Firma Progen u. Sohn stehend bezeichinet. — Ich war zirka 35 Jahre lang bei obengenannter Firma tätig. Wegen eines Unfalls, welchen ich in der Fabrik erlitt, mußte ich meinen Posten aufgeben, und um nicht ganz erwerbslos zu sein, wurde ich Gastwirt. Es bringt ja nun mein neuer Beruf mit sich, daß in meinem Lokal neben anderen Gästen Meister, mit denen ich 25 Jahre und länger gearbeitet, desgleichen aber auch andere Arbeitnehmer verkehren. Nun ist es ja so selbstverständlich, daß ich mit diesen Leuten über den Streik gesprochen habe. Jedoch habe ich mich jedes Urtells über den Streik enthalten, denn mir ist ein Gast so lieb und wert als der andere, mag er Meister sein oder nur Arbeiter. Ich bin gezwungen, parteilos zu sein; ich glaube, es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, mit welchen Schwierigkeiten ein kleiner Gastwirt heutzutage zu kämpfen hat. Ich bin mir jedenfalls nicht bewußt, daß ich zugunsten der Streikenden irgend etwas getan habe. Hermann Morre, Gastwirt.

Der Streik bei Rebling u. Thomas ist beendet. Die bereits angekündigten Verhandlungen der Streikleitung mit der Vertrauenskommission der Metallindustriellen haben gestern im Beisein des Organisationsvertreter Handels stattgefunden. Sie hatten das Ergebnis, daß Herr Rebling sich verpflichtete, von jetzt ab die geltenden Abmachungen hinsichtlich der Ausschufarbeiten, welche die Formier- und Kermacher anbetreiben, zu respektieren und unberechtigte Abzüge dieser Art zu unterlassen. Dagegen verzweigte er nach wie vor die Wiedereinstellung des Kermachers Sch. Eine Wiedereinstellung sämtlicher übrigen Streikenden sagte er jedoch zu, mit der Maßgabe, daß, soweit sie nicht alle sofort wieder anfangen können, nach und nach an ihre alten Plätze kommen sollen, weil er die Arbeitswilligen aus gewissen Rücksichten doch nicht samt und sonderb sogleich entlassen könne. Die Versammlung der Streikenden erklärte sich gestern nachmittag in geheimer Abstimmung gegen eine starke Minorität mit den gemachten Zugeständnissen schließlich einverstanden und beschloß, unter Berücksichtigung verschiedener anderer Umstände die Arbeit unter diesen Bedingungen wieder aufzunehmen. Wenn auch auf die Wiedereinstellung des einen zu Unrecht entlassenen Kollegen verzichtet wurde, so war die Mehrheit der Ausständigen doch der Meinung, daß der Firma Rebling u. Thomas durch diesen dreiwöchentlichen Streik eine Lektion erteilt worden ist, die ihre Maßregelungsgelüste wohl erheblich einschränken dürfte.

Deutsches Reich.

Streik der Postbesitzer. Gestern früh sind in Hamburg und in Altona die Besatzungen der Fischdampfer außer den Kapitänen, Steuerleuten und 1. Maschinenisten in den Ausstand getreten. Die von See kommenden Dampfer werden entlehrt und dann von der Besatzung verlassen.

Der Metallarbeiterausstand in Offenbach beendet. Der „Offenbacher Zeitung“ zufolge ist der Lohnkampf in der Metallindustrie, bei dem 2000 Arbeiter teils die Arbeit niedergelegt hatten, teils ausgesperrt worden waren, heute auf Grund beiderseitigen Entgegenkommens beendet worden.

Ausland.

Der holländische „Staatsanzeiger“ als Streikbrecherorgan. Viele Mitglieder des Budgetausschusses erachten die amtliche Bekanntmachung im „Staatsanzeiger“, wonach infolge des Ausstandes in Duisburg und Ruhrort Deutenot herrsche und viele holländische Arbeiter dort Beschäftigung finden würden, für unvereinbar mit der vollkommenen Neutralität, welche die Regierung in Arbeitsstreitigkeiten zu beachten habe. Dieser Protest hat auch in dem gedruckten Bericht über den Etat des Ministeriums des Innern Aufnahme gefunden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Edle Menschen.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (O. S.) Dieigen Blättern wird über einen entsetzlichen Vorfall aus Worms gemeldet: Die schwangere Frau eines Fuhrmannes namens Seiler erlitt eine Wehenblutung, so daß ihr Zustand ein sehr kritischer war. Nachdem ihr Mann versagte fünf Kräfte zu bewegen versuchte hatte, ihr zu Hilfe zu eilen, fand sich endlich der letzte, ein Armenarzt, bereit, ihn zu der Schwerekranken zu begleiten, fand die Frau aber nur noch als Leiche vor. Die Entrüstung unter der Bevölkerung über diesen Vorfall ist allgemein.

Ein neues Opfer.

Petersburg, 29. Oktober. (O. S.) Nachdem die Polizei in Erfahrung gebracht hatte, daß Rechtsanwalt Agatow der eigentliche Führer der Sozialrevolutionären ist, wurde derselbe verhaftet, um vor ein besonderes Kriegsgericht gestellt zu werden.

Neue Minister und neue Krisen.

Wien, 27. Oktober 1906.

Drei gemeinsame Minister besitz Österreich-Ungarn, den Minister des Auswärtigen, den Kriegsminister und den Finanzminister...

In dem Stänkespiel, aus welchem sich die gegenwärtige internationale Diplomatiepolitik zusammensetzt, erziehen Graf Goltchowski...

Aber das Schwergewicht der österreich-ungarischen Politik liegt nicht in Europa, sondern auf dem Balkan, und da endet das Goltchowskische Regime mit einem ausgesprochenen Bankrott...

Trotzdem hätte Goltchowski noch lange Minister bleiben können, und er hätte auch die seltsame Depesche überdauert, mit der ihn Wilhelm II. zum Range seines „Sekundanten“ erhob...

An Goltchowskis Stelle tritt, wie gemeldet, der bisherige Votführer in Petersburg, der in Österreich selbst bisher nur in subalternen Stellungen gedient hat...

Die nächste ungarische Krise kündigt sich bereits im Wechsel des Kriegsministers an; denn ihre Ursache ist keine andere als der alte Streit zwischen Habsburg und Kossuth...

etwa 11000 Mann (für beide Staaten) ausgesprochen hatte. Sie ist erst durch den bekannten Friedensschluß vom April vorigen Jahres beendet worden...

Daß selbst der Ansehens, daß die Ungarn gegen militäristische Lasten kämpfen, die sie einst bejahen, nicht wieder zu beleben vermag, soll nicht verschwiegen werden...

Aus der Partei.

Die Parteischule.

Mit dem Unterrichtskursus für Parteifunktionäre wird voraussichtlich am 15. November begonnen werden können...

Von den Besuchern des Kursus ist mehrfach der Wunsch geäußert, Auskunft über die Wohnungsverhältnisse zu erhalten...

Die IV. Konferenz des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. tagte am Sonntag, den 28. Oktober, in Klein-Steinheim bei Hanau...

So erfreut man über die Zunahme der Mitglieder an einzelnen Orten auch sein mag, im allgemeinen ist das Wachstum der Organisationen nicht befriedigend...

Die Konferenz war von 76 Delegierten besucht und besprach in eingehender Weise namentlich die Agitation. Dabei wurde auf die große Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Bezirk hingewiesen...

Eine Jubiläumsfeier hat der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis am Freitag im großen, an 1300 Sitzplätze fassenden Saal des parteihistorischen Tagesheim-Etablissements abgehalten...

Dank aus für den Empfang, und gab dann eine interessante Schilderung der Umstände, die bei seiner Kandidatur und erstmaligen Wahl vorlagen...

Unter mehreren eingegangenen Glückwunschsdepeschen war eine des Parteivorstandes. Der Vorsitzende des Vereins, Genosse Hoffmann, sprach einem dem Genossen Stengle...

Dem Andenken Fr. A. Sorges

widmet die „Leipziger Volkszeitung“ folgende Zeilen:

„Er war der Sohn eines sächsischen Pfarrers, nicht weit von Leipzig geboren, aber der Heimat seit fast sechzig Jahren entfremdet durch ein infames Todesurteil...

Jedoch sein Herz hing an der alten Heimat, und als ihn ein Mitglied unserer Redaktion in diesen Sommer besuchte, da hörte er gern, und seine treuen Augen leuchteten vor innerem Behagen...

Im Exile harrten seiner schwere und schwerste Tage. Aber seine durch und durch tüchtige Natur wußte auch das Schwerste zu überwinden. Als Musiklehrer in Hoboken, einer Nebenstadt New Yorks, in der das deutsche Element stark vertreten ist...

Es ist das letzte, aber nicht das geringste Verdienst Sorges gewesen, daß er aus seinem Briefwechsel mit Marx und Engels, mit Johann Philipp Becker und Joseph Diezgen ein Werk zusammengestellt hat...

Ein leichtes Lächeln glitt dann aber doch wohl über sein altes gutes Gesicht bei der Aussicht, das fertige Buch auf seinem Weihnachtsbisch zu sehen. Da er schon im vorigen Winter schwer gelitten hatte, so wurde die technische Herstellung des Werkes möglichst beschleunigt...

In ähnlicher Lage sagte einst ein sterbender Dichter: Bald fehlt uns der Wecker, bald fehlt uns der Wein. Aber dem alten Sorge hat niemals der Wecker und auch niemals der Wein gefehlt...

Und allen, die für dieselbe Sache kämpfen, wird sein Andenken in hohen Ehren bleiben.“

Der Kaiserdeputierte Hirsch, schreibt die Breslauer „Volksmacht“, ist durch die langwierige harte Untersuchungsarbeit fortwährend ebenso wie sechszwanzig herabgekommen. Er bedarf daher dringend der Erholung...

Auch die Parteiblätter außerhalb Breslaus werden um Abdruck gebeten.

Die Stelle eines Parteisekretärs in einem für die Parteibewegung noch ungenügend entwickelten Agitationsbezirk ist zu besetzen.

Von dem Bewerber werden neben der Qualifikation, die zur Betreibung und Förderung der Agitation und Organisation vorausgesetzt werden muß, Energie und selbständiges Urteil verlangt...

Personalien. In die Feuilleton-Redaktion des „Vorwärts“ ist an die Stelle des verstorbenen Genossen Krauß Genosse K. S. Döcher eingetreten...

Genosse Frohne legt Wert darauf zu konstatieren, daß er nicht wie in unserem Jubiläums-Artikel der Freitagsummer gesagt wurde, „einige Male“ seinen Wahlkreis gewechselt habe...

Die Polizeistunde und junkerliche Willkürherrschaft vor dem Oberverwaltungsgericht.

Am Donnerstag wurde von dem Oberverwaltungsgericht eine Klage um die Polizeistunde zugunsten der Klage entschieden, die einen starken politischen Hintergrund hat...

Der Kreis Tempelin gilt seit langem als ein märkischer Ruffort zur Illustrierung selbst vor den Toren Berlins noch gar vielfach herrschenden junkerlich-absolutistischen Polizeiwirtschaft mit ihren frisch frömmlichen Verträgen gegen Ge...

tege, die ist nicht in den Raum passen, und mit ihrer nicht-offenen Ausnutzung polizeilicher Befugnisse zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ein politischer Feldzug, man möchte fast sagen: ein Kreuzzug solcher Art gegen unsere Partei ist nach etwa 1 3/4 jähriger Dauer vor wenigen Tagen beendet worden und zwar mit einer geradezu jenseitiger Niederlage der biedereren Sozialisten. Es lohnt sich, diese kleine, aber interessante Episode aus dem Kampf unserer Genossen für Achtung der Gesehe kurz darzustellen, weil sie für den Kampf in ganz Ostelbien typisch ist.

Schauplatz ist das hauptsächlich von Maurern bewohnte Dorf Curtschlag bei Zehdenitz; darüber der polizeilichen Macht sind der Amtsvorsteher über Zehdenitz-Horst und der Landrat von Templin; Objekt ihrer Fürsorge ist die organisierte Arbeiterkraft von Curtschlag und Umgebung und der Gastwirt Wichmann zu Curtschlag.

Nach langen Rügen war es dem Maurerverband im Frühjahr 1905 gelungen, Wichmann zur Vergabe seines Lokals zu bewegen. Nun ging ein polizeilicher Kampf gegen W. mann los. Wichmann war seit 16 Jahren Gastwirt und hatte nie die geringsten Scherereien oder Konflikte mit der Polizei gehabt. Seit dem Jahre 1901 war ihm die Polizeistunde im Sommer auf 12, für den Winter auf 11 Uhr festgesetzt, während die von der Polizeiverordnung als normal bestimmte Polizeistunde nur 11 bzw. 10 Uhr war. Kaum war nun die „umführerliche Haltung“ Wichmanns bekannt geworden, als auch schon eine Verfügung des Amtsvorstehers eintraf, die die Polizeistunde auf das Normalmaß, nämlich 11 bzw. 10 Uhr, d. h. um eine Stunde, herabsetzte. Nicht ein Wort der Begründung erhielt die Verfügung.

Zu einem zweiten Schlage fand sich erst einige Monate später Gelegenheit. Am 12. Juli 1905 erhielt Wichmann folgende Hassliche Verfügung des Amtsvorstehers:

Hierdurch werden Sie auf Grund des § 4, Absatz 2 der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 7. März 1904 aufgefordert, in Ihrem Lokal nach 9 Uhr abends keine Gäste zu dulden. Die Polizeistunde wird gemäß Verfügung des Herrn Landrats des hiesigen Bezirkes, weil der Gottesdienst am ersten Pfingstfesttag durch Lärmen und Singen in Ihrem Lokal gestört wurde und Sie jeden Versuch, diesem Unfug ein Ende zu machen, unterlassen haben. Da derartige Unschreitungen in Ihrem Lokal schon bei Tage vorkommen, ist zu befürchten, daß es am Abend und während der Nacht zu großen Unordnungen kommen kann. Diefem vorzubeugen ist Pflicht der Polizei. Unterlassung und Verletzung der Nichtbefolgung dieser Verfügung nachdrücklich bekräften.

J. B. Sommerfeld.

Also ein einziger Fall, in dem an einem Feiertag im Lokal von Wichmann geklärt und gefungen sein soll, richtete dem Landrat und dem Amtsvorsteher aus, eine ernstliche Beforgnis vor Ruhestörungen für den Abend und für die Nacht zu wegen, nachdem Wichmann sich bisher in einer absolut tadellosen Weise privat und geschäftlich geführt hatte! Uebrigens war in der Verfügung der tatsächliche Sachverhalt geradezu auf den Kopf gestellt. Die Polizei hatte die Ermittlungen über die Vorgänge vom ersten Pfingstfesttag in der Weise vorgenommen, daß sie Mitteilungen von Gendarmen über gelegentliche Ausreuerungen von ein paar dem Wichmann feindlichen Personen in den Akten registrierte. Nicht einmal polizeiliche Berechnungen waren für nötig gehalten worden zur Vorbereitung einer Maßnahme, die sich als eine teilweise Entziehung der Konzession darstellte und für die ganze Existenz Wichmanns verhängnisvoll werden konnte. Von einer Erhebung der dem Wichmann zur Verfügung stehenden Beweise war keine Rede gewesen. Infolge eines Mißverständnisses über die Rechtslage erlangte die Verfügung vom 12. Juli formelle Rechtskraft. Um sie zur Aufhebung zu bringen und dem Wichmann die Normalpolizeistunde wieder zu verschaffen, beschritt nun in seinem Auftrage der Genosse Liebknecht zunächst den Aufschwägsweg durch alle Instanzen hindurch bis zu dem Minister des Innern von Bethmann-Hollweg. Er bot einen umfangreichen Beugnisbeweis dafür an, daß zwar am frühen Morgen ein, übrigens gar nicht einmal sozialdemokratischer Gesangsverein mit Gesang nach seinem Lokal gekommen war, daß Wichmann aber dem Verein vor dem Betreten seines Lokals schon um demwillen alles Singen verboten und Ruhe zur Pflicht gemacht hatte, weil er am selben Morgen seinen Vater beerdigt hatte. Beweis war ferner dafür angetreten, daß in der Tat auch schon stundenlang vor dem Gottesdienste und während des Gottesdienstes und überhaupt am ganzen Tage in dem Lokal weder gefungen noch geklärt und die Kirche auch überhaupt nicht gestört war. Diese Zeugen wurden einfach ignoriert. Der Anwalt bezichtigte in seinen Beschwerden den Amtsvorsteher und den Landrat ausdrücklich, die Verfügung vom 12. Juli nur zu dem ausschließlichen Zwecke erlassen zu haben, Wichmann in materielle Schwierigkeiten zu bringen und so zu zwingen, sein Lokal dem Maurerverband wiederum zu entziehen, wobei der angebliche Vorgang vom ersten Pfingstfesttag bewußt nur als Vorwand benutzt worden sei. Auf diese schwere wiederholte Bezeichnung wurde nicht mit einem Wort reagiert. Alle Instanzen bis zum Minister hinauf stellten sie ruhig ein und wiesen die Beschwerden ohne Begründung zurück. Bemerkenswert ist, daß die Erklärung dieser Verfügungen, obwohl sie ihrem Inhalte nach höchst dringlich waren, trotz mehrfacher telegraphischer Anträge und Witten um Verschleunigung in jedem einzelnen Falle monatelang dauerte und schließlich die am 4. Februar 1906 bei dem Minister eingelegte Beschwerde erst durch eine am 21. März 1906 gestellte Verfügung vom 15. März 1906 abschlägig beschieden wurde.

Natürlich wurde der Ausgang dieses Beschwerdebefahrens von dem Genossen Liebknecht nicht abgewartet. Am Oktober 1905 stellte er bei dem Amtsvorsteher einen Antrag auf Wiedereinräumung der normalen Polizeistunde. Nach etwa drei Wochen traf die Antwort ein, daß es bei der Verfügung vom 12. Juli kein Beweisen bestände. Dagegen erhob der Anwalt die Verwaltungsbeschwerde. Niemlich prompt erhielt er von dem Amtsvorsteher die Antwort, daß jener Bescheid kein mit Gründen versehenen Bescheid sei, sondern daß er „lediglich ein aus Gründen der Höflichkeit“ als Antwort auf das Schreiben des Anwalts ergangenes Schreiben sei! Der Anwalt belehrte den Amtsvorsteher, daß er um einen Akt der Höflichkeit nicht gebeten und amlich zu solchem Akt auch nicht befugt sei, daß er vielmehr nach dem Gesetz die Verwaltungsbeschwerde einfach weiter zu geben habe. Erst am 3. Januar, also nach zwei Monaten, erfolgte trotz wiederholter Bitten um Verschleunigung die Erwidmung des Landrats, die sich gleichfalls auf den Standpunkt stellte, daß jener erste Bescheid des Amtsvorstehers keine dem Verwaltungsstreitverfahren unterliegende Verfügung sei und daß der Landrat deshalb ein Eingehen auf die Verwaltungsbeschwerde ablehnte. Auch der Regierungspräsident wies Ende Januar die bei ihm eingelegte Beschwerde ohne jedes nähere Eingehen „als unbegründet“ zurück.

Hiergegen erhob nunmehr Genosse Liebknecht die Klage im Verwaltungsstreitverfahren, über die am 25. Oktober 1906, also nach neun Monaten, vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt wurde. In dieser Verhandlung schilderte der Anwalt den polizeilichen Feldzug gegen Wichmann, den er als ein wahres Kessel-treiben bezeichnet. Er benannte Zeugen dafür, daß Wichmann alsbald nach Freigabe seines Lokals einer ganz besonders schändlichen Ueberwachung unterworfen worden war und führte u. a. nach folgende Einzelheiten an:

Seit Jahren hatte Wichmann entgegen einer ihm unbekanntem Polizeibehörde seine Einfahrt nicht mit einem ordnungsmäßigen Steinpflaster versehen. Das war unbeanstandet geblieben. Jetzt wurde es plötzlich entdeckt und mit einer Geldstrafe von 10 Mk. geahndet, gegen die formell nichts zu machen war.

Weiter erschien eines abends in der Dunkelheit ein Gendarm und leuchtete die Vorstellrippen Wichmanns ab. Bald darauf traf ein Strafbefehl wegen nicht genügender Reinigung dieser Rippen (Uebertretung der §§ 1 und 7 der Polizeiverordnung vom 9. Dezember 1899) ein. Auf Einspruch gegen diesen Strafbefehl erlaubte das Amtsgericht Zehdenitz und das Amtsgericht Prenzlau auf Freisprechung, weil eine genügende Reinigung der Rippen

trotz des entgegenstehenden Beugnis des Gendarmen Zffert für nachgewiesen erachtet wurde.

Eine weitere Straferfügung erging wegen angeblicher Ueberfährdung der Polizeistunde durch Wichmann. Auch hier beantragte Genosse Liebknecht gerichtliche Entscheidung, indem er den Nachweis anbot, daß eine geschlossene Versammlung der Filiale des Maurerverbandes vorgelegen habe. Ehe es noch zu einer Verhandlung kam, zog der Amtsvorsteher seine Verfügung zurück.

Mitte Oktober 1905 erschien der erwähnte Gendarm Zffert bei Wichmann und erklärte ihm u. a.: „Wenn er die Kote nicht gehen lasse, werde er sehr schnell seine Konzeption loswerden, für ihn sei ein ganz spezielles Gesetz da, nach dem ihm die Konzeption entzogen werden könne.“ Wegen dieser Aeußerung erlaubte Genosse Liebknecht Anzeige gegen Zffert. Das Gericht der dritten Gendarmerie-Brigade erachtete zwar beim Beitreten Zfferts die Aeußerung in der behaupteten Form nicht für erwiesen, erteilte aber dem p. Zffert wegen einer in der gleichen Richtung liegenden, von ihm selbst zugegebenen Aeußerung eine Rüge. Zffert ist dann aus dem Kreise Templin verdrängt worden.

Eine wahre Odysee erduldeten die 59jährige Maurer Rührer zu Curtschlag, der in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im August 1905 bei Besprechung von Gemeindeangelegenheiten angeblich den überwachenden Gendarmen dadurch beleidigt haben sollte, daß er während einer „Pause“ in der Versammlung geschwehrt haben sollte, die Dorfstraße befinde sich in einem schlechten Zustande, die Ungeheuerheiten der Bauern und Höfungsstellen sehe der Gendarm nicht, er suche und sehe nur die geringsten Kleinigkeiten bei Arbeitern, um diese noch mehr zu drücken. In erster Instanz wurde Rührer zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht Prenzlau erhöhte die Strafe des unbedachten Angeklagten auf 14 Tage Gefängnis. Auf Revision des Genossen Liebknecht hob das Kammergericht dieses Urteil auf, weil § 193 verletzt war, da Rührer eventuell seine Aeußerung in Wahrnehmung berechtigter Interessen getan habe. Auf erneute Verhandlung verurteilte das Landgericht Prenzlau Rührer wiederum zu zwei Wochen Gefängnis, indem es nicht nur entgegen dem Bestreiten des Rührer und einiger Zeugen die Aeußerung in der behaupteten Form für erwiesen erachtete. Wiederum hob das Kammergericht auf Revision des Anwalts wegen Verletzung des § 193 Str. O. B. und des Vereinsgesetzes auf und in der dritten nun folgenden Verhandlung vor der Strafammer in Prenzlau wurde endlich mit Beibehaltung des Antrags des Staatsanwalts und des Genossen Liebknecht auf Freisprechung erlaunt.

Angeichts aller dieser Vorgänge wiederholte der Verteidiger des Klage- vor dem Oberverwaltungsgericht nachdrücklich gegen Amtsvorsteher und Landrat die Bezeichnung der mißbräuchlichen Verwendung ihrer Amtsbefugnisse zu politischen Zwecken, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er benannte die beiden Beamten als Zeugen dafür, daß sie mit ihrer Aktion den behaupteten Zweck verfolgten hatten, und daß sie selbst die Vorgänge vom ersten Pfingstfesttag 1905 für durchaus nicht erheblich erachteten, daß sie in der Tat keinerlei Beforgnis vor Ausschreitungen daraus entnommen und sie nur als formellen Deckmantel benutzt hätten.

Der beklagte Regierungspräsident zog in letzter Stunde noch einige neue Quisquilien an. Angeblich sollten nämlich am ersten Pfingstfesttag irgend welche vor dem Wichmannischen Lokal stehende Personen irgend welche Vorgänge irgend wie belästigt haben — näheres vermied der beklagte anzugeben — und angeblich sollte weiter Wichmann etwa eine Woche später jemandem auf der Straße eine grobe Redensart zugerufen haben! All das vermochte der Anwalt spielend als unerheblich und an den Haaren herbeigezogen zu bezeichnen. Er trat aber auch einen erschöpfenden Gegenbeweis an und beantragte, nachdem der Kläger Wichmann über ein Jahr seit der Herabsetzung seiner Polizeistunde ebenso wie all die früheren Jahre sich nicht das geringste hatte zuschulden kommen lassen und sein Geschäft in der einwandfreiesten Weise geführt hatte, Aufhebung der polizeilichen Verfügungen des Amtsvorstehers, des Landrats und des Regierungspräsidenten, die seinen Antrag auf Wiedereinräumung der normalen Polizeistunde zurückgewiesen hatten.

Nach längerer Beratung erkannte das Oberverwaltungsgericht diesem Antrage gemäß. Begründend ausgeführt wurde, daß, wenn auch das Gericht nicht zu prüfen habe, ob nicht Willkür vorliege, offensichtlich die Verfügung vom 12. Juli 1905 an und für sich schon trotz ihrer formellen Rechtskraft auf sehr schwachen Füßen stehe und jedenfalls eine Beforgnis gegenüber der Geschäftsführung des Klägers, Wichmann, keineswegs mehr gerechtfertigt erscheinen lasse.

Damit ist vorläufig der polizeiliche Angriff gegen die Arbeiterschaft Curtschlags abgeschlagen und unsere Genossen können auch in diesem schwarzen Winkel so frei aufatmen, wie das eben in Preußen überhaupt möglich ist. Hoffentlich wird nunmehr gegen Landrat und Amtsvorsteher ein zivilrechtlicher Schadenersatz-prozess angestrengt.

Gaukonferenz des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes.

Am Sonntag hielt der genannte Verband im Berliner Gewerkschaftshaus für den Bezirk Brandenburg, Mecklenburg und Posen seine diesjährige Gaukonferenz ab. Anwesend waren 66 Delegierte aus etwa 30 Jahlstellen. Aus dem Tätigkeitsbericht des Gauleiters W e n e w i t z ergab sich, daß der Verband während der letzten beiden Jahre recht erhebliche Fortschritte besonders in der Provinz Brandenburg gemacht hat. Die Mitgliederzahl hat sich während dieser Zeit verdoppelt; sie stieg von 6000 auf 12.000, die sich jetzt auf 43 Verbandzählstellen verteilen. An Einnahmen hatte der Gauvorstand 3230 Mk., demgegenüber stand eine Ausgabe von 3150,33 Mk., so daß ein Bestand von 77,67 Mk. verblieb. Unter Einwirkung des Gauvorstandes wurden in der Berichtszeit 75 öffentliche, 78 Mitglieder- und 70 Betriebsversammlungen abgehalten. Außerdem war der Gauvorstand bei 29 Differenzen vermittelnd tätig. Von den Lohnbewegungen brachten fünf einen Erfolg, ohne daß es zur Arbeitsinhaberegelung kam. Von den Streiks resp. Ausperrungen verliefen 11 erfolgreich und 5 erfolglos. In 12 Betrieben verschiedener Ortschaften der Provinz wurden Mitglieder des Verbandes wegen ihrer Organisationsfähigkeit gemäßregelt. — Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Agitation in den kleineren Ortschaften. Es gehen dort die Indifferenz der Arbeiter mit Unternehmerrückwärts und Polizeischikanen ständig Hand in Hand, besonders in der Provinz Posen, wo die Arbeiter zudem noch vielfach durch übermäßigen Alkoholgenuss demoralisiert sind, daß ihnen das Unwürdige ihrer Lebenslage kaum zum Bewußtsein kommt. Ein guter Anfang in der Agitation konnte während des letzten Sommers unter den Jägerarbeitern verschiedener Orte gemacht werden. Doch läßt sich noch nicht voraussehen, ob die hier gemachten Mitglieder auch dauernd erhalten werden können, weil sie während des Winters wieder in ihre entlegenen Heimatorte zurückkehren und dort nur schwer zugänglich sind. Immerhin steht zu erwarten, daß bei ständig und beharrlich wiederholter Agitation auch diese Arbeiterkategorie späterhin in größerer Zahl für die Organisation gewonnen werden dürfte. Mit der Tätigkeit des Gauvorstandes erklärte sich die Konferenz im allgemeinen einverstanden, besonders weil zu berücksichtigen war, daß bei der Größe des Gaus eine erhöhte Leistung billigerweise kaum verlangt werden konnte. Eine Anzahl Anträge, welche die Agitation betrafen, wurden dem Gauvorstand zur unmittelbaren Verurteilung überwiesen. — Bei der dann folgenden Aussprache über die Beschlüsse des diesjährigen Leipziger Verbandstages wurde fast allgemein die Erhöhung der Beiträge gebilligt. Im Brennpunkt der Verhandlungen stand dann aber die Verschmelzungsangelegenheit der Jahlstellen Rüpend, Charlottenburg, Spanbau und Tegel mit Berlin. Der Zusammenschluß dieser Jahlstellen zu einer Jahlstelle Groß-Berlin ist bereits vor längerer Zeit angeregt worden. Wegen des Widerstandes der genannten Vororte wurde bislang jedoch eine

Verhandlung in dieser für die Organisation so überaus wichtigen Frage nicht erzielt. Am nun nach dem Vorbilde anderer Organisationen die Zerspaltung in und um den großen Industriezentren zu besitzigen und die Einheitlichkeit der Verwaltung und der Aktion daselbst zu sichern, hatte der Leipziger Verbandstag folgenden Beschluß gefaßt: „In Orten mit gemeinsamen Wirtschaftsbereichen kann in einem Umkreis von 15 Kilometern nur eine Jahlstelle errichtet werden.“ Wegen dieses Beschluß, der den genannten Jahlstellen den Zusammenschluß direkt zur Pflicht macht, ergingen sich die amnestischen Vorortvertreter in heftiger Opposition. Die gegenseitige Debatte darüber nahm die Zeit der Konferenz vorwiegend in Anspruch. Der ebenfalls anwesende Verbandsvorstand von Trey, Hannover ließ schließlich keinen Zweifel darüber, daß der Hauptvorstand gestützt auf den Verbandstagsbeschlusb unter allen Umständen auf die baldige Verschmelzung der Jahlstellen von Berlin und Umgegend dringen werde, weil der einheitliche Zusammenschluß eben eine zwingende Notwendigkeit geworden sei und im höchsten Interesse des Verbandes liegt. — Zum Schluß wurde dann noch ein Antrag angenommen, der besagt, daß zu den künftigen Konferenzen die Jahlstellen bis zu 100 Mitgliedern einen Delegierten, und für jedes weitere angefangene Hundert einen Delegierten mehr ernennen solle. Jedoch darf keine Jahlstelle mehr als drei Delegierte entsenden. Als Ort der nächsten Gaukonferenz wurde wieder Berlin bestimmt.

Aus der Frauenbewegung.

Gefinbe-Ordnung oder freier Arbeitsvertrag?

In einer öffentlichen Versammlung der Hausangestellten unter dem Vorst von Genossin Baader sprach Genossin Stadthagen am Sonntag abend über das Thema „Gefinbe-Ordnung oder freier Arbeitsvertrag?“ Mit dieser Versammlung, die sich eines sehr guten Besuches erfreute, sollte die Bewegung der Berliner Dienstmägden gegen die Gefinbe-Ordnung in eine bestimmte Bahn geleitet werden. Es gilt, eine rege Agitation für einen freien Arbeitsvertrag, wie ihn Städtischen vorgeschlagen (kürzlich erst im „Vorwärts“ veröffentlicht), zu entfalten. —

Erst von der Mitte des 13. Jahrhunderts an, so erklärte der Referent, könne man von einem Gefinbestand reden, der bald eine Stufe höher gestellt wurde als die Leibeigenen und Hörigen. Die alten Gefinbe-Ordnungen aus damaligen Zeiten enthielten schon Bestimmungen, die dem Schutze des Gefinbes dienten und der Billigkeit der Herrschaften entgegenstehen. Nach der damaligen Struktur des Staates hatten die großen Gutsbesitzer einen weiten Machtbereich und auch die Sorge zu übernehmen für alle, die ihnen unterstellt waren. In Krankheitsfällen mußte das Gefinbe die nötige Pflege erhalten. Aus dem 15. Jahrhundert hören wir noch, daß das Bütigkeitungsrecht für das Gefinbe sehr milde zur Anwendung kam. Später, als die Städte ausblühten, wurde die Lage des Gefinbes verschlechtert. 1548 wurden zum erstenmal Dienstzeugnisse eingeführt. Während des 30jährigen Krieges (1618—1648) wurde das Gefinbe etwas mehr geachtet, aber nach dem Kriege wurde die Staatsgewalt mobil gemacht für die großen Gutsbesitzer, die nach Arbeitskräften aus den Städten verlangten, und manche Verordnung, nach welcher die Kinder der Stadtbewohner zu Dienstleistungen auf den Rittergütern verpflichtet waren, wurde erlassen. Die Gefinbe-Ordnungen erregten damals schon viel Erbitterung, und Gutsherrn und Richter und Universitätsprofessoren sprachen sich im 17. Jahrhundert bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die Gefinbe-Ordnungen aus. Das Gefinbe führte einen heftigen Kampf um seine Rechte, aber das Gefinbe half nichts, das Gefinbe unterlag gegen den Staat, der seine Machtmittel zur Anwendung brachte. Das Gefinbe stand allein in dem Kampfe. Redner erinnerte daran, wie Luther vom „Gefinbeufel“ sprach, der „die Peitsche haben mußte“. Es war ein Kampf der Massen. Die herrschende Klasse ging gegen die unterdrückten vor, die sich wehren wollten. Vom 17. Jahrhundert an wandte der Staat sich mit drei großen Mitteln gegen das Gefinbe: Es wurden die Tarifordnungen eingeführt, die es strafbar machten, dem Gefinbe einen höheren Lohn zu geben, und ebenso wenig durfte das Gefinbe einen höheren Lohn nehmen. Der Zwangsgefinbedienst wurde eingerichtet, nach welchem jedes Kind verschiedene Jahre fast unentgeltlich bei einer Gutsbesitzerfamilie dienen mußte. Dann kam das Bütigkeitungsrecht wieder auf. Heute besteht in Deutschland nach dem Gesetz keinerlei Bütigkeitungsrecht, aber in der Praxis ist es anders, da wird sogar durch Gerichtsurteile ein gewisses Bütigkeitungsrecht anerkannt. Das Jahr 1808 räumte in Preußen mit vielen alten Ordnungen auf, so auch mit Gefinbe-Ordnungen, aber 1810, am 8. November, setzten die Junker eine neue Gefinbe-Ordnung durch, die die alten Zustände zum Teil wieder einführt. In Preußen waren freilich nicht nur eine, sondern 19 Gefinbe-Ordnungen in Kraft, die von 1783—1850 eingeführt wurden. Der Redner hielt sich an die Gefinbe-Ordnung vom 8. November 1810, die er scharf beleuchtet und an vielen Beispielen ihre Härten und Widerstreitigkeiten zeigt. Er bringt dann den den „Vorwärts“-Lesern bereits bekannten Entwurf eines freien Arbeitsvertrages zur Verlesung und erläutert die einzelnen Punkte eingehend. Er schließt mit der Aufforderung, für diesen freien Arbeitsvertrag zu wirken, um damit die Notlage und Rechtlosigkeit des Gefinbes bekämpfen zu helfen.

In der Diskussion verglich Genossin Unger das Verhältnis der Dienstherrn zur Herrschaft mit dem Koss- und Logisweien im Handwerkerstand. Er machte darauf aufmerksam, wie energisch die Gewerkschaften sich gegen dieses System, das sich noch bei Bäekern, Schächtern, Kellnern, Weibern usw. findet, wenden und auf ihre Abschaffung dringen. — Ein Redner wandte sich gegen die Ausbeutung durch die Dienstvermittler. Genossin Bahr forderte zum Beitritt in den Verein für die Hausangestellten auf. Paraderungen künnten nur dann durchgeführt werden, wenn eine Organisation dafür eintritt und dem einzelnen den Rücken deckt. Die folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die in Bekers Festfällen versammelten Dienstherrn erklären, daß die Ausführungen des Referenten ihren Anschauungen von Rechten und Freiheiten, die sie anstreben, vollständig entsprechen. Die Versammlung erklät in dem Vorschlage des Referenten, einen freien Arbeitsvertrag zu schaffen, eine Möglichkeit, die Lage der Dienstherrn in wirtschaftlicher und stitlicher Beziehung zu heben und verspricht, mit allen Mitteln für einen freien Arbeitsvertrag an Stelle der entwürdigenden Gefinbe-Ordnung einzutreten. Die Versammlung beauftragt das Bureau, entsprechende Schritte einzuleiten, um baldmöglichst menschenwürdige Arbeitsverhältnisse auch für Dienstherrn zu schaffen.“

Von dem Erfolge der Versammlung zeugt die Tatsache, daß 31 Mädchen sich sofort als Mitglieder in den Verein der Hausangestellten aufnehmen ließen.

Demonstration für die Wahlrechtskämpferinnen.

London, 20. Oktober. Im Hydepark fand gestern zugunsten der Frauenwählerinnen ein Meeting statt, welchem 5000 bis 6000 Frauen beizuwohnten. Es wurde eine Resolution zugunsten der Freilassung der 11 verhafteten Frauen angenommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf, West, Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Franke, Eichhornstraße 18, Vortrag des Herrn Südemer: „Kampf ums Recht“. Wahl einer Vertrauensperson.

Wasserband am 29. Oktober. Höhe bei Kuffig — Meter, bei Dresden — 1,14 Meter, bei Wundberg + 1,30 Meter. — Unkaut bei Trausnitz — Meter. — O der bei Rathor + 1,13 Meter. — Reibungsmündung + 1,30 Meter. — O der bei Orleg + 1,96 Meter. — O der bei Breslau Unterpegel — 1,28 Meter.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 30. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Cernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold.
Schauspielhaus. Klein Dorn. Deutsches. Der Kaufmann von Benevent.

Wochen. Schützenlied. **Vorabend.** In die Daisel. **Leistung.** Kammerspiel. **Neues.** Die Condottieri.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Der Sturm. **Berliner.** Sherlock Holmes. **Schiller O.** (Ballner-Theater.) Die rote Robe.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Die Hoffnung auf Segen.
Romische Ober. Carmen. **Reisende.** Triplepatte. **Kaufhaus.** Unser Käte. **Zentral.** Tausend und eine Nacht. **Kleines.** Man kann nie wissen. **Deutsch-Amerikanisches.** Im wilden Westen. **Am** wilden Westen. **Der Hauptmann** von Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt! **Suisen.** Sherlock Holmes. **Bernhard Rose** früher Carl Weill. **Ausgewiesen.**

Trianon. Der Hausfreund. **Walhalla.** Spezialitäten. **Apollo.** Berlin im Omnibus. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu. **Kaffee.** Alexander der Große. **Folies Caprice.** Serenissimus Augustus XXVI. — Das Provinzmädel. **Vollage.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Steffiner Sänger. **Urania.** Tausend und eine Nacht. **Theater 8 Uhr:** Sizilien. **Hörsaal 8 Uhr:** Die Verwertung des Luftstickstoffes. **Im Theatersaal Invalidenstr. 57/62.** abends 8 Uhr: Die Umkehrung der Erde.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. **Theatersaal 8 Uhr:** Die Umkehrung der Erde.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus
Dienstag, den 30. Oktober:
Der Sturm.
Mittwoch: **Der Sturm.**
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kamfstr. 12.
Abends 7 1/2 Uhr:
Schützenlied.
Fritz Werner als Gast.
Mittwoch: Drei Rolandknappen.
Donnerstag: Der Bettelstudent.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Mittwoch: Die Condottieri.
Donnerstag: Die Condottieri.
Freitag: Der bürgerliche Edelmänn. Der Stammbaum.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Man kann nie wissen.
Mittwoch und Donnerstag: Ein idealer Gatte.
Freitag: Man kann nie wissen.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Carmen.
Mittwoch: Lakmé. Zum 2. Mal: „Cobra“ von Ruth St. Denis.
Donnerstag zum erstenmal: Zierpuppen. Hierauf: Ruth St. Denis. 3. Schluß, erstmalig: Oskol Dazomal.

Lortzing-Theater
Beilkenallee 7/8.
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Fra Diavolo.
Abonnement gültig.
Morgen Mittwoch: **Udine.**

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 31. Oktober 1906:
Der Hochzeitstag.
Schwank in 3 Akten von Wolff.
Hierauf: **Die Notbrücke.**
Aufst. i. 5 Akten v. Gressac u. Croisset.

Apollo-Theater.
Reine Liane d'Eve
b. Original-Marijische-Tänzerin.
Die Attraktionen d. Oktob.-Programms.
10 Uhr:

Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trieb.
Sonntag, den 4. November, nachm.
3 1/2 Uhr: Große Familienvorstellung.
Halbe Preise! Halbe Preise!

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Schauspiel in vier Akten von Eugen Scribe. Deutsch von Wime St. Gère.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.
Hierauf: **Zum Einsiedler.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Sizilien.
Hörsaal 8 Uhr:
Die Verwertung des Luftstickstoffes.
Im Theatersaal Invalidenstr. 57/62.
abends 8 Uhr:
Die Umkehrung der Erde.



Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Grobes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.

Abend 8 Uhr:
Unsere Käthe.

Zentral-Theater.

(Cigarette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Zum 1. Male:

Sherlock Holmes.

Mittwoch: Sherlock Holmes.
Donnerstag: Sherlock Holmes.
Freitag: Sherlock Holmes.
Sonnenabend 4 Uhr Kinderdarstellung:
Räuberzucht.
Abends: Eise vom Erstenhof.
Sonntag nachmittag: Jungfrau von Orléans.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Eise vom Erstenhof.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Wiederauftreten von Adolf Philipp:
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann“ von Köpenick.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

H. Bender. J. Giampietro. J. Josephi. Fritzi Massary. Phila Wolff.

Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 4. November 1906,
nachmittags 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!

Auf in's Metropol!

Bernhard Rose-Theater

früher Carl Weill-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Soziald. Vorkurs in vier Akten von Carl Böttcher.
Sonnenabend 4 Uhr Kinder-Vorst.:
Frau Holle. — Sonntag 3 Uhr:
Mutterliebe. Kleine Preise.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage abend 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 3 Akten v. Tristan Bernard und André Gide.
Bicomte Robert de Doubar:
Richard Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Eine Hochzeitnacht.

Passage-Theater.

Vorletzter Tag
des glänzenden
Oktober-Programms.
Josefine Dora

in der Komödie mit dem Schläger
Rieke
„Emil, du bist eine Pflanze.“
14 erstklass. Nummern.

Schiller-Theater N. (Friedr. Rich. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Schiffers-Drama in 4 Akten von Hermann Heijermans jun.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.

Zirkus Schumann

Heute abend präzise 7 1/2 Uhr:
Amerikanisches Sensat.-Programm. U.a.:
Mitar Henricksens größte Tiger-Gruppe,
worunter Tamany, der kämpfende
Kiejenziger.
Löwen-Baron, der Hr.
mit seiner dreifachen Menagerie.
Die fliegenden Menschen
Les Rixfords.

Auf der Pušta vorgeführt Schumann,
vom Dir.
Konf. Fernand Gulchenet,
Oberbetreiber seiner Hof. des Jaren.
Königs Houde. Konf. Fontana,
Konf. Kiang. Außerdem: Sämtliche
neueingeleitete Spezialitäten.
Um 10 Uhr: Ein Jun 17. Male:
Tag in Monte Carlo.
Gr. Kadhalungsphantomime.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr:
Monsieur Romeo's
Stauden-erregende
Automobilexperimente.
Heberfahren
mit einem 70 PS. Automobil
(Gen. 30 Zentner u. 4 Insassen).
Die größte Tiger- und Löwen-Gruppe.
Mlle. Liris Loyal, Demimonde-
Künstlerin. Hr. E. Schumann,
Hache Springschule. Frau
Marguarite, Schachkünstlerin. Die
urkom. Unon 4 Gebr. Fratellini.
Aus der Pušta. Sontant



Letzte des
glänzenden
und
amüsanten
Oktober-Programms.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Strumensstr. 16.
Zum letztenmal:
Die schöne Ungarin.
Bosse mit Gesang in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entrée 30 bis 75 Pf.
Ehren- und Borzugskarten gültig.
Mittwoch zum letztenmal: Ross von
Bacharach.

Kasino-Theater

Vollringstr. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 31. Oktober!
Alexander der Große.
1. November: Premierenabend.
Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schöndauer Allee 148.
Heute:
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Der Glöckner von Notre-Dame.
Romantisches Drama in 6 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettsverkauf: Krüger & Oberbeck, Kolonnenallee 1.
Rond. Handwerker, Schönd. Allee 153.

Theater Folies Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus Augustus XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag
bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 3 Uhr.

Gustav Behrens Theater,



Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.

Oktober-Attraktionen.

Robert und Bertram
John Ilket
Rossette Vallieres
Ki-Bello usw.

Die Loreley.

Bosse von D. Klein.
Familienarten, zum halben Kassen-
preise gültig, in allen Barbier-,
Bisiten- u. Zigarrengeeschäften gratis.

Reichshallen.

Täglich:
Steffiner
Sänger
Anfang
Bochentags
8, Sonntags
7 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergweg 18/20.
Am Rosenthaler Tor.
Nur einige Tage noch!
Abends 8 Uhr.
Das lustige Oktober-Programm.
Emmi Kröcherl, Willy Prager,
Royal Mitsutas.
u. l. u., u. l. u.
Rauschen überall gestattet.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Filme-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Minzstr. 18.

Buggenhagen

Horitzplatz.
Zeden Dienstag:
Gustav Gottschalk-Konzert
Solisten-Abend.
Kottbuser
Str. 44.
Direktion Wilhelm Raimor.
Dienstag: Theater-Abend.
Zum 1. Mal:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. Schiller.
Sonnt., Rent., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Sonnt. Beg. 5. Bochent. 6 II.

Stola, Muffen, Kolliers

in allen Pelz-
gattungen sowie
alle sonstigen
Pelzwaren.
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fa-
brikpreise.
Ferdin. Kalman
Dresdenerstr. 75
vorn II, 2. Haus
v. Thalia-Theater.
Verkauf auch
Sonntags, und Wochentags von
9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. *

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten
Herrn-Winter-Paletots
und Anzüge
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kapellern getragene Sachen
sind neu, für jede Figur passen,
speziell Baumwollstoffe
in großer Auswahl, fast zu fremden
bilden Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalitzerstr. 129.
Hochbahnhöfen
Sommer- und Winter-Garderobe
zu allen Gelegenheiten
zu allen Preisen.

Orts-Krankenkasse

des
Schlosser

und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Das von der Generalversammlung
im April d. J. beraten und ange-
nommene revidierte Kasstatut
hat die Genehmigung der Aufsichts-
behörde erlangt und tritt nunmehr
mit dem 1. November d. J. in
Kraft.
Abweichungen von den bisherigen
Satzungen enthalten folgende Para-
graphen:
§ 10. Weisheit der Arbeitgeber.
§ 13. Das Krankengeld wird auch
für die Sonntage gezahlt.
§ 19. Das Sterbegeld wird für
Mitglieder, welche der Kasse länger
als sechs Monate angehört, wie
folgt gezahlt:
M. I. 120 M., M. II. 90 M., M. III.
75 M., M. IV. 45 M., M. V. 30 M.
§ 25. Eintrittsgeld kommt nicht
zur Erhebung. Wer nicht nachweist,
dass er bereits Mitglied der Schlosser-
kasse war, hat 20 Pf. Unschuld-
gebühre zu zahlen.
§ 33. Zusammenziehung und Wahl
des Vorstandes.
§ 35. Entschädigung der Vorstands-
mitglieder.
§ 49. Abhängigkeit der General-
versammlung.
§ 55. Depontierung der zeitweise
überführigen Bestände.
Jedem unserer Herren Arbeitgeber
ist ein Kuhschlager für die Betriebs-
stätten, welcher die Veränderung aus-
süßlich mitteilt, vor Post überhand
worden, dergleichen eine Anzahl
Statutenbücher. Bessere Exemplare
sind im Kassenbureau Auguststr. 69,
vorm I, von 8-1 Uhr, in Empfang
zu nehmen. 277/4

Berlin, den 30. Oktober 1906.
Der Vorstand.
P. Heinrich, R. Neumann,
Vorstand, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse

des
Lichtenberg.

Einladung zur
Wahlversammlung.
Es werden sich zufolge Ausschreibens
Ergebnisse zur General-Versam-
mlung ermitteln.
Da Gemäßheit der §§ 51, 51a und
66 der Kasstatuten habe ich daher
zur Erhaltung hiermit ergehen ein.
Wahlberechtigt und wählbar sind
die Kasmitglied, die großjährig
und im Besitze der bürgerlichen Ehren-
rechte sind.
Die Wahlen finden in getrennten
Wahlbezirken (Arbeitgeber und Arbeit-
nehmer) statt.
Zu wählen ist für den Rest der
Periode Oktober 1906 bis September
1907.
Zur Vornahme der Wahlen laden wir
die Herren

Arbeitgeber

zum Freitag, den 9. November
1906, nachmittags von 4-5 Uhr, in
das Lokal der Herren Gebr. Arn-
hold, Frankfurter Chaussee 5 (Zimmer
rechts vom Hauptingang) hiermit er-
gehen ein.
Die Herren Arbeitnehmer, Kas-
mitglieder, die in zwei Abteilungen
wählen, laden wir zur Vornahme der
Wahl und zwar die I. Wahlabteilung,
umfassen die Betriebe Ostlich der
Gärtelstraße, der Dorfstraße und des
Reichenberger Weges, ausschließ-
lich der drei genannten Straßen, sowie die
Kasmitglieder, die in Westlichen
Beschäftigt sind, zum Mittwoch, den
7. November 1906, abends
5-8 Uhr, in das Lokal von Gebr.
Arnhold, Frankfurter Chaussee 5,
die II. Wahlabteilung, umfassen die
Betriebe in der Gärtelstraße, der
Dorfstraße und des Reichenberger
Weges sowie den Restteil westlich
dieser Straßen zum Donner-
stag, den 8. November 1906,
abends von 5-8 Uhr, in das Lokal
von Gebr. Arnhold, Frankfurter
Chaussee 5, hiermit ergehen ein.
Die Kasmitglieder, die ihre Be-
träge selbst zahlen (freiwillige Mit-
glieder) wählen in der Abteilung, in
der ihre Wohnung belegen ist.
Die Arbeitgeber haben aus ihrer
Mitte

11 Delegierte

die Kasmitglieder der I. Wahl-
abteilung
10 Delegierte und 24 Erfah-
männer,
die Kasmitglieder der II. Wahl-
abteilung
15 Delegierte und 15 Erfah-
männer
müßlich geheimer Wahl zu wählen.
Die Wahlhandlung wird öffentlich
eröffnet und gilt als Legitimation für
die Kasmitglieder das Mitglieds-
buch oder Karte für die Arbeitgeber
die letzte Beitragsquittung.
Zur zahlreichen Beteiligung ladet
ein 277/7

„Armin-Hallen“

Kommandantenstr. 20,
Am I. Gr. u. kl. Festsale Am I.
1895 1898
dieses und nächstes Jahr an Sonn-
abenden und Sonntagen noch frei.

Spezial-Möbel-Halle

Harry Goldschmidt
59 Moritzplatz 59

Ecke Stallchreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Ab-
zahlungs-Geschäften, welche
Garderobe usw. führen. *

Extra-Abteilung

verliehen gewesener Möbel.
Wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!

30 Bauwazellen

2 1/2 Weilen v. Zentrum Berlins west.
Quadratrate 5 und 6 Mark
Schulz, Schönlage, Gullhar-Willestr. 42

Hygienische

Medizinartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. v. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummivarierfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 9 1/2, 9/2.

Neu erschienen

sind folgende Schriften, die mir unseren Lesern bestens empfehlen:
Griefe und Auszüge aus
Griefen von J. Phil. Becker,
Joh. Diegen, Frie-
drich Engels, Karl Marx u. a.
an A. R. Sorge und andere.
Preis brosch. 4 M., in gutem Einband
5 M., in einfachem Einband 4 M.
Jena und Tilsit.
Ein Kapitel scheidlicher Zunker-
geschichte von Franz Mehring.
Preis 1,00 M.
Geschichte des Sozialismus
in den Vereinigten Staaten
von Morris Hillquit.
Autorisierte Uebersetzung von Karl
Müller-Bernberg.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.
Geschichte der Kommune
von 1871
von Lissagaray.
Dritte illustrierte Auflage.
Preis brosch. 3,50 M., geb. 3,00 M.
Die Fessung-Legende.
Zur Geschichte und Kritik des
preussischen Despotismus und
der klassischen Literatur
von Franz Mehring.
Zweite überarbeitete Auflage mit
einem neuen Formort.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter.

Ein Beitrag zur Sozialpolitik
der größten deutschen Gemeinde
von Emil Dittmer.
Preis 1,00 M.

Ziele und Wege.

Erläuterungen der sozialdemo-
kratisch. Gegenwartsforderungen
Unter Mitwirkung von Adolf Braun,
Hugo Lindemann, Max Süßheim,
Friedrich Stampfer, Klara Zetkin.
Herausgegeben von Ad. Braun.
Preis 20 Pf.

Sozialdemokratie und Anarchismus

von Wih. Horzberg.
Preis 20 Pf.
Arbeiter-Notizkalender für 1907.
Preis 60 Pf.

Blut und Eisen, Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit.

Reich illustriert. In fünfzig
Lieferungen a 20 Pf. Diaber sind
4 Hefte erschienen.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 237/6*

H. Pfau

Berlin
Klosterstr. 30
Tel. Amt I. 6347.
Spezial-Geschäft
Ehrenpreis der Berl.
Goldene Medaille. f. Bruchbandagen
Gewebe-Ausstellung.
(anatomisch, elastisch und
bequem gearbeitet, jeden,
auch den schwersten Bruch
sicher zurückhaltend), Leib-
binden, Geradenhalter, Stütz-
korsetts, Suspensionen, orthopä. Apparate,
künstliche Glieder, chirurg. Gummwaren,
alle Artikel und Geräte zur Krankenfürsorge,
Verbandsstoffe.
Eigene Werkstätten. — Lager u. nach Maß. — Krankenkassenkollektoral.



WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Kurzwaren und Schneiderei-Artikel

	Grösse 2	3	4	6
Armblätter <small>Tricot mit brauner Gummipolster</small>	Dtзд. 220 260 310 540			
	Paar 19 22 27 48 Pf.			
Armblätter <small>Batist mit grauer Gummipolster</small>	Dtзд. 300 390			
	Paar 27 35 Pf.			
Armblätter <small>Batist m. hellgelber Gummipolster</small>	Dtзд. 275 385			
	Paar 25 30 Pf.			
Armblätter <small>Blusenschutz waschbar</small>	Dtзд. 275 380 390			
	Paar 25 30 35 Pf.			
Armblätter <small>doppelseitig Tricot IIa</small>	Dtзд. 100 180			
	Paar 9 12 Pf.			
Armblätter <small>Tricot Ia doppelseitig</small>	Dtзд. 275 350 450			
	Paar 25 30 40 Pf.			

Tailenverschluss „Juno“	Dtзд. 70 Pf.	Stck. 6 Pf.
Tailenverschluss Imperial, waschbar, mit Fleischbein	Dtзд. 135	Stck. 12 Pf.
Maschinenseide la 5 Gramm, auf Touraiqueströlen		Rolle 16 Pf.
Engl. Nähadeln la Brief, 100 Stck., sort., m. Goldöhr		28 Pf.
Stahlstecknadeln Carton = 50 Gramm		20 Pf.
Stahlstecknadeln Carton = 100 Gramm	35 Pf.	Carton = 500 Gramm 180
Sammetstoss grosses Farbensortiment, mit Besenborte, 6 cm breit		Mtr. 27 Pf.
Gurtband Stück = 10 Mtr. baumwoll. Satin		60 Pf.
Gurtband Stück = 10 Mtr. Seiden geköpert		135
Nahtband Stück = 25 Mtr. Baumwolle		45 Pf.
Nahtband Stück = 25 Mtr. Halbseide Ia		85 Pf.
Nahtband Stück = 25 Mtr. Seiden geköpert		140

	Länge 16	18	20	22 cm
Naturfischbein blond, sort.	Gross 90 Pf.	135	150	170
	Dtзд. 8 Pf.	12 Pf.	13 Pf.	15 Pf.
Naturfischbein weiss	Gross 150	200	250	300
	Dtзд. 13 Pf.	18 Pf.	23 Pf.	27 Pf.
Druckknöpfe extra mit Feder	Gross 65 Pf.	Dtзд. 6 Pf.		
Druckknöpfe Ia mit Feder	Gross klein 100	mittel 100	gross 115	
	Dtзд. klein 9	mittel 9	gross 10 Pf.	
Kragenstützen		Stück 13 Pf.	18 Pf.	
Gürtel-Einlagen		Stück 28 Pf.	38 Pf.	50 Pf.
Futtertailen für jede Figur passend, Jaconet grau und weiss				115
Futtertailen Renforcé zweiseitig Croisé weiss				165
Futtertailen Ia Satin, zweiseitig				215

Ein Posten Besätze und Galons Meter 8 Pf. 15 Pf. 35 Pf. 65 Pf. 90 Pf. unter der Hälfte des regulären Wertes

Soweit der Vorrat reicht

Futterstoffe

Prima Seiden-Jaconet schwarz, weiss, grau	Mtr. 30 Pf.	farbig Mtr. 35 Pf.	Jacketfutter moderne Muster, Ersatz für Seide	Mtr. 70 Pf.	100	115
Prima Faille 100 cm breit, grosses Farbensortiment		Mtr. 53 Pf.	Kleider-Satin in vielen Farben	Mtr. 60 Pf.	70 Pf.	85 Pf.
Elegantes Rauschfutter in vielen Farben		Mtr. 40 Pf.	Tailenfutter zweiseitig	Mtr. 38 Pf.	48 Pf.	55 Pf. 75 Pf.
Alpacca schwarz	Mtr. 38 48 60 Pf.	farbig Mtr. 48 60 Pf.	Steppfutter in verschiedenen Ausführungen und vielen Farben	Mtr. 155	185	280
Gloria 130 cm breit, prima Qualität, reiches Farbensortiment		Mtr. 225	Serge halbseidenes Futter in vielen Farben	Mtr. 110	Serge-polonaise Mtr. 125	

Schnittmuster für Damen- und Kindergarderobe in neuesten Façons

M. Schulmeister Schneidemeister
Dresdenerstr. 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Moderne Herren- u. Knaben-Garderobe.

Winter-Paletots v. 18, 50 b.	58 Mk.
Jackett-Anzüge	17, 50 - 50 Mk.
Rock-Anzüge	26, - - 54 Mk.
Gehrock-Anzüge	32, 50 - 62 Mk.
Loden-Joppen	6, - - 25 Mk.
Anzüge nach Maß von 44	Mk. an
paletots	40 Mk.

Feste Preise.
2189L*

Mit **Trocken-eierpulver „Pacific“**

koht u. backt man am besten u. billigsten.

Zu haben in den meisten Kolonialwarenhandlungen, wo nicht vorrätig, wende man sich an die Trockeneierpulverfabrik „Pacific“ G. m. b. H., Stuttgart. Filiale Berlin, Friedrichstr. 228, Fernspr. VI, 7495.

Der Kenner

der sich den Genuss von frischem Speise-Leinöl verschaffen will, sollte niemals veräumen, bei Einkauf desselben ausdrücklich zu verlangen

M. Krügers Speise-Leinöl

und auf nebenstehend abgebildete, gefällig geschützte **Leinöl-Flaschen mit Stikett „Spreewälderin“** zu achten; denn

M. Krügers Speise-Leinöl ist das beste

täglich frisch und garantiert rein. Dasselbe ist in allen besseren Kolonialwaren- und Vorkost-Geschäften zu haben.

Engros-Lager: Berlin SO., Skalitzerstrasse 105.

Nach beendeter Engros-Saison **Einzel-Verkauf in Pelz-Waren**

zu **Engros-Preisen**

in nur frischer **garantiert fehlerfreier** Ware

in jeder Preislage im **Engros-Geschäft**

Prenzlauestr. 49 parterre.

Bruch-Pollmann

empfehlen kein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradehalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Refer. f. Ord- u. Hölz-Krankenfällen

Berlin C., 21552*

30. Finien-Strasse 30.

Alle Bruchhänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper

Zentral-Pfandleihe
Heinrichsplatz I
Ecke Oranien-Strasse.
Täglicher Verkauf

verfallener Hünder, bestehend in:
Betten, Teppichen, Ahren, Ketten, Ringen, Herren- und Damen-Garderoben.
Spezialität:
Gute getrag. Herren-Garderoben in jeder Weise. 126102*
Berdienst nur Zinsenberechnung.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Preis für nur la Marken ab Platz von 10 Ztr. an: [23302*
Prima la Halbsteine (beimante Marken). pr. Ztr. 85 Pf.
- la Diamant (110 bis 120 Stck.) . . . 90 Pf.
- la Affe u. Affe . . . 95 Pf.
- la Anthrazit Cadé. 2,10 Pf.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Taggans und größeren Abchlüssen verlangen Sie meine Spezial-Lieferanten.

Feinste Fruchtmarmeladen

Süßholz, Apfel- und Melange. Eigene Herstellung u. Ernte. ff. und billig. Vorausz. Vork. 10 Pf. franko 3 Ztr. 174/18*

Obstplantagen u. Marmeladenkocherei **L. Dobbelaer**, Nienbützel.

Neues Kurbad

Wallstr. 70/71. Neu Kölln a. W. 6-8.
7 Min. vom Spittelmarkt und Bahnhof Jannowitzbrücke.

Lohtannin-Bäder Elektrische
aus täglich frischer Abkochung **Lohtannin-Bäder**

Elektrische Wasserbäder

mit medizinischen Zusätzen.
Dampf- und elektr. Glühlicht-Schwitzkasten-Bäder, medizinische Kinderbäder.
Gewissenhafte Ausführung aller ärztlichen Anordnungen durch geschultes Personal.
Aerztliche Aufsicht. 170/12*

Die bekannte Puppen-Fabrik von Otto Kreyszig

befindet sich jetzt: vis à vis der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft

83 Brunnenstraße 83

in bedeutend vergrößerten Räumen.

Reparaturen erbitte schon jetzt, **Überfüllung.**

Dr. Schünemann Spezial-Ärzt für 21032*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ede Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 165
Spezial-Ärzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

PATENT Bureau **Wollers & Co.**

Anmeld. v. Patentl. in u. Ausl. Vorw. Finanzier. f. Ref. Coult. Bedingungen: 10-14.4-6, Sonnt. 11-10.

Drei populäre naturwissenschaftliche Lichtbilder - Vorträge.

Darwinismus und die Kunstformen der Natur (Urpflanzen, Urtiere, Kadavertiere usw.)

Nach Professor Ernst Haeckel's berühmtem Bilderwerk. Erklärender Vortrag von Herrn E. Vogtherr.

Die Vorträge finden statt:

Am Dienstag, den 6. November, im Moabitler Gesellschaftshaus, Widostr. 24.

Am Donnerstag, den 8. November, in Keller's großem Foyer, Inhaber: A. Keller, Koppenstr. 29.

Am Freitag, den 9. November, im großen Saal Neue Welt, Ostendstraße 109-114.

Abends 8 1/2 Uhr.

Billetts, zu einem beliebigen dieser Vorträge berechnend, kosten 20 Pfennig und sind zu haben: In den ...

3 besondere Vorzüge: Garant-rein, wolfschmeckend, billig Quaglio's Bouillonkapseln

Zahnärztliche Klinik Belle-Alliancestr. 106 I. Schmerz- Zahnziehen unentgeltlich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Berlin - Pankow. Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholarmes, diätetisches Spezialbier. Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

433L*

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Sofastoffe

Riessenauswahl aller Qualitäten. Welle-Reste! Nocequets. Blüsch-Satellitensch.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungs-Aussverkauf! Gardinen, Stores, 10 Bros. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw.

Verrücktes Fahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstr. 36 b.

Nähmaschinen! Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Gostkarte.

Verschiedenes.

Glösholz, Komier, Grobholzstr. 6. 2374b. Patentanwalt Bessi, Wilschenerstr. 94a.

Möblierte Schlafstellen für einen oder zwei Herren.

Möblierte Schlafstelle für einen oder zwei Herren Albrecht, Breslauerstr. 3, III. 1114.

Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung.

Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung. Teur. Schönbergerstr. 22. 173/20.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt. Junger Maler und Anstreicher sucht per sofort Stellung. S. Janku, Willemsstr. 51.

Wohnungen.

Wohnungen. Cudenarderstr. 36, 37, 38, sofort billige Wohnungen. 2116b.

Zimmer.

Zimmer. Möbliertes Vorderzimmer vermietet, Herr oder Dame, Heimlich, Borghagen Chaussee 17.

Schlafstellen.

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle für Herrn bei Wiesner, Landwehrstr. 3, I.

Stellenangebote.

Stellenangebote. Chauffeurische, Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Wegen Streit und Lohnunterschieden sind gewährt:

Deutsch. Buchbinder- und Buchbinderei-Arbeiterinnen.

Deutsch. Buchbinder- und Buchbinderei-Arbeiterinnen. In der Firma E. Bartels, Buchdruckerei, Weihensee, Generalstr. 8.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Giese, Berlin.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt. Der Verein selbständiger Klavierspieler (Veilshagen) hat über die Firma Joka u. Co.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt. Junger Maler und Anstreicher sucht per sofort Stellung. S. Janku, Willemsstr. 51.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt. Junger Maler und Anstreicher sucht per sofort Stellung. S. Janku, Willemsstr. 51.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt. Junger Maler und Anstreicher sucht per sofort Stellung. S. Janku, Willemsstr. 51.